

Streng vertraulich!

PROTOKOLL

R U F

1. Konferenz der IKJ.

**Abgehalten in Wien
am 30. Nov. und 1. Dez. 1946**

I. Teil:

Debatten am 1. Tag der Konferenz

VORBEMERKUNG.

Die von den Leitungsmitgliedern gehaltenen Referate sowie die gestellten Anträge sind unter der diesbezüglichen Nummer der Beilagen zu ersehen. Die Referate und Anträge befinden sich geordnet am Schluß des Protokolls. Die Konferenz mußte des Öfteren unterbrochen werden infolge physischer Schwäche mancher Teilnehmer, einer Folge der Hungerjahre seit 1941. Diese Unterbrechungen sind nicht vermerkt.

Der Vorsitzende:
Aldermann e.h.

TAGESORDNUNG.

1. Eröffnung und Gedenken
2. Wahl des Vorsitzenden
3. a) Überprüfung der Mandate
b) Festsetzung der Geschäftsordnung
4. Wahl des Wahlkomitees
5. Berichte und Referate:
 - a) Einreichung der Anträge
 - b) Kassa und Solidarität
 - c) Organisation
 - d) Presse
 - e) Propaganda
 - f) Internationale
 - g) Politik
6. Organisationsstatut
7. Wahl der Leitung
8. Schlußwort

TEILNEHMER DER KONFERENZ.

DELEGIERTE: Baris, Beer, Brenner, Brung, Felix, Fink, Friedrich, Gärtner, Gruber, Hammer, Hanke, Horwat, Kent, Krug, Lissa, Sauer, Riegler.

SONSTIGE

TEILNEHMER: Aldermann, Alma, Gabler, Garbo, Hoch, Lerae, Libert, Stachus, Steiner, Sturm.

1. Punkt der Tagesordnung:

BEGRÜßUNG, GEDENKEN, KRÖPFUNG. (Gen. Lerae).

Genossen und Genossinnen!

Im Namen der Leitung begrüße ich Euch als Delegierte zu unserer ersten Konferenz. Gleichzeitig entbieten wir den Genossen aller Sektionen der Internationale unsere wärmsten und brüderlichen Grüße, wobei wir ~~muß~~ bedauern, daß kein Genosse als Vertreter der Internationale hier anwesend ist. Wahrscheinlich waren die Schwierigkeiten zu groß und das rechtzeitige Eintreffen des Genossen unmöglich.

Genossen und Genossinnen, bevor wir in unsere Arbeit eingehen, wenden sich unsere Gedanken den toten, hingemordeten Kämpfern aus der Internationale, aus unseren eigenen Reihen zu, die gefallen sind als Opfer ihrer unerschütterlichen Treue zur proletarischen Sache, zum revolutionären Programm. An ihnen ist das Wort Eugen Levinés, des Märtyrers der Münchner Commune, wahr geworden: Kommunisten sind Tote auf Urlaub.

Ich bitte Euch, daß Ihr Euch eine Minute von den Sitzen erhebt zur Ehrung des Andenkens an jene Hunderte von Kämpfern der Internationale, die ihr Leben im 2. imperialistischen Weltkrieg verloren haben, an jene Hunderte von Genossen und Genossinnen, die dem faschistischen Terror zum Opfer fielen, an jene die Stalin morden ließ.

.....
Wir gedenken in Trauer des Begründers unserer Internationale, des Genossen Trotzki, der vor mehr als sechs Jahren in seinem uner-schütterlichen Kampf für die proletarische Revolution sein Leben hingab, gemordet von Kain-Stalin.

Wir gedenken Walter Helds, Peters', Lesolls, Leon Sedows, Hies, Pouliopoulos', Widelins, Elasees, Chen-Chi-Changs, wir gedenken ihrer Genossen, die zu den besten Kämpfern der Internationale gehörten.

Wir gedenken mit Schmerz der Genossen und Genossinnen, die wir aus unseren eigenen Reihen verloren haben; der Genossen vor allen, die mit ihrem Leben ihre Treue zur revolutionären Sache bezwihiten: der Genossen Hartmann und Jonas, die als Opfer der faschistischen Henker fielen. Wir gedenken ferner der anderen uns Entriessenen, der Genossen Jost, Kopetzki, Kurt, Otto, Rainer und der Genossinnen Margit und Mutz.

.....
Ich danke Euch, Genossen und Genossinnen. Gestattet noch, daß ich aller Kämpfer der IV. Internationale gedenke, die sich in den Zitadellen der bürgerlichen Klassenjustiz, in Stalins Kerkern befinden, sowie jener, die noch in Kriegsgefangenschaft schmachten. Ihnen allen senden wir unsere brüderlichen Kampfesgrüße. Wir wissen, daß unser Kampf dazu beiträgt, sie zu befreien.

Ich teile Euch nun einige technische Details zur Tarnung unserer Zusammenkunft mit. Hier findet eine Besprechung unter Freunden und bekannten Betriebsräten statt über Weihnachtsbücher und Betriebsbü- chereien, verbunden mit einer Wiedersehensfeier. Wir ersuchen Euch, nicht zu rauchen, gedämpft zu sprechen, jeden Lärm zu vermeiden und das schriftliche Material nicht zerstreut liegen zu lassen, sondern in den bereitliegenden Mappen beisammen zu halten. In den Mappen findet Ihr verschiedene Anträge, Unterlagen zur Konferenz.

Genossen und Genossinnen, ich erkläre hiermit unsere 1. Konfe- renz für eröffnet. Wir schreiten zur Wahl des Vorsitzenden der Kon- ferenz.



Punkt 2. Punkt der Tagesordnung:

Gen. Krug: Ich stelle den Antrag, den Genossen Aldermann mit dem Vorsitz zu betrauen. Für den Fall, daß Genosse Aldermann selbst in die Debatte eingreifen wünscht, schlage ich Genossen Lerse als Ersatzvorsitzenden vor.

Gen. Lerse: Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? Dies ist nicht der Fall. Wir schreiten zur Abstimmung.

Abstimmung: pro 17 - contra 0

Gen. Lerse: Ich konstatiere die einstimmige Annahme des Antrages.

Vorsitzwechsel.

Gen. Aldermann: Genossinnen und Genossen! In erster Linie danke ich für das Vertrauen, das Sie mir durch die Wahl erwiesen haben. Ich erkläre, daß es nun sehr viele Jahre her ist, wo es keine Gelegenheit gab, in revolutionären Bewegungen den Vorsitz zu führen, in objekti-

vor Weise die nach Klarheit und Wahrheit ringenden Gruppen und Strömungen so zu fesseln, daß die Auseinandersetzungen im Geiste vollster Kameradschaftlichkeit verlaufen. Trotzdem müte ich mir zu, die nötige Routine zu besitzen und werde mich bemühen, soweit ein subjektiver Mensch objektiv sein kann, in diesem Geiste zu handeln. Es ist klar, wir gehören einer internationalen Bewegung an, einer Bewegung fußend im wissenschaftlichen Kommunismus. Menschen, die beabsichtigen, die ganze Welt zu verändern um sich selbst zu verändern, Menschen, die sich Marx, Engels und Lenin zum Vorbild nehmen und dieser Welt einen unerbittlichen Krieg ansagen auf Leben und Tod, können über die jeweils gestellten Probleme nicht einer Meinung sein. Sind sie auch in den Prinzipien einig, und auch dies scheint mir manchmal sehr problematisch zu sein, so ergibt sich Differenz in der Strategie und noch mehr in der Taktik des proletarischen Klassenkampfes. Wenn man heute noch spottet über so kleine Organisationen, die sich noch dazu die Haare raufen, so läßt die Leute reden. All diese Differenzen sind dazu angetan, um aus dem Keim zu Partei zu entwickeln. Es sind die unvermeidlichen Geburtwehen. Sie müssen sich nur geloben, bei allen Meinungsverschiedenheiten strengste Disziplin zu halten und auch Verständnis für den entwickelten Widerspruch. Wohin eine Bewegung führt, in der die Differenz des Sachlichen unschlägt in die des Persönlichen, beweist uns die Geschichte der RKP. Wir sind auch nicht revolutionäre Optimisten und noch weniger radikale Pessimisten, wir sind Dialektiker. Es gilt, in kühler Ruhe und Gelassenheit, in revolutionärer Geduld die Partei vorzubereiten, die historische Notwendigkeit zu erfüllen. Wenn Marx in der Inauguraladresse der 1. A. A. erklärt, daß die Massen nur eines der Bourgeoisie voraus haben, ihre ungeheure Zahl, daß aber diese Masse nur ins Gewicht fällt, wenn eine Organisation sie zusammenfaßt und Wissen diese leitet, so hat die Geschichte bewiesen, für den Klassenkampf sowohl als auch für die Partei, daß er recht hatte. Dieses Wissen besitzen wir. Die Konferenz hat die Aufgabe, dieses Wissen zu vertiefen, den Keim zu erweitern und zu verbreitern, damit die Qualität unschlägt in Quantität ohne daß die Qualität Einbuße erleide. Es gilt unsere gemeinsamen Geburtwehen abzukürzen. Dies ist Aufgabe der Konferenz und diese Anstrengung wird nicht umsonst sein. Denn trotz mancher Gegensätze gibt es keinen dialektischen Antagonismus, sondern nur eine innere Geschlossenheit. Nehmen Sie die wenigen Worte als Ansporn zum Erfolg entgegen.

Wir gehen nun in die engere Beratung ein. Die Leitung schlägt Ihnen folgende Tagesordnung vor:

(Siehe Seite 1)

Dazu hat sich Gen. Krug zum Wort gemeldet.

Gen. Krug: Ich beantrage, nach Möglichkeit und Maßgabe der Zeit den Punkt 6 der Tagesordnung zwischen Punkt 5,e und Punkt 5,f einzuschleiben unter der Annahme, daß wir dieses Pensum heute erledigen.

Vorsitz.: Zu diesem Antrag ein pro- und eventuell ein contra-Redner? Keine Wortmeldung, daher Abstimmung.

Abstimmung: pro 17 - contra 0

3. Punkt der Tagesordnung: (a und b)

Vorsitz.: Als Punkt 3,a steht nun die Mandatprüfung zur Beratung. Ausgewiesen sind drei Gebiete und eine Minderheitsgruppe durch je eine Wahlniederschrift. Besteht ein Einwand gegen die Delegierten, ihre Wahl oder den Wahlvorgang? Besteht ein Einwand gegen die Ersatz-

delegation oder gegen die von der Leitung vorgeschlagenen Delegierten mit beratender Stimme? Oder wird Protest erhoben gegen die eingelassenen Stenographen? Es liegt keine Wortmeldung vor. Ich konstatiere also 27 Delegierte einschließlich des Vorsitzenden, davon 17 mit beschließender Stimme. Wir stimmen ab.

Abstimmung: pro 17 - contra 0

Vorsitz.: Die Delegiertenwahlen sind zur Kenntnis genommen. Deren Wahlprotokolle werden im Konferenzprotokoll ausgewiesen.

Beilagen: 1, 2, 3, 4

Vorsitz.: Es ist notwendig, unsere Arbeit in gerügten Bahnen zu halten. Ich schlage deshalb folgende Geschäftsordnung vor.

1. Arbeitseit ~~Samstag~~ ~~Montag~~ Samstag und Sonntag ab 08.00 Uhr mit Unterbrechungen auf Anordnung des Vorsitzenden;
2. Wortmeldungen nur schriftlich mit unbeschränkter Redezeit für Debatten und Referenten;
3. Unterbrechung der Debatte ist möglich durch Antrag zur Geschäftsordnung, entweder auf Schluß der Debatte oder Schluß der Rednerliste mit Wahl von Generalrednern pro und contra;
4. Dazu pro- und contra-Redner möglich je 10 Minuten;
5. Referenten haben unter allen Umständen unbeschränktes Schlußwort;
6. Anträge der Referenten haben Vorrang;
7. Beschlußfassung zugelassen in einfacher Majorität;
8. Antrag auf wesentliche Abstimmung zugelassen;
9. Die Redigierung des Protokolle erfolgt durch den Vorsitzenden;
10. Verifizierung erfolgt durch zwei am Schlusse der Konferenz zu wählenden Verifikatoren.

Gen. Krug: Ich stelle den Antrag, diese Geschäftsordnung zum Beschluß zu erheben.

Abstimmung: pro 17 - contra 0

Vorsitz.: Damit ist Punkt 3, a und 3, b der Tagesordnung erledigt, wir kommen zu Punkt 4 - Wahl eines Wahlkomitees. Dazu Gen. Lerse.

4. Punkt der Tagesordnung:

Gen. Lerse: Ich stelle den Antrag, pro Gebiet einen Genossen zu nominieren, wobei es den Gebieten überlassen bleibt sich selbst den geeigneten Genossen zu bestimmen.

Vorsitz.: Wünscht zum Antrag jemand das Wort? Nicht der Fall. Abstimmung.

Abstimmung: pro 17 - contra 0

Vorsitz.: Erbitten nun namentliche Vorschläge. Gebiet 16 - Hanke; Gebiet 3 - Pink; Gebiet 5 - Hammer. Die vorgeschlagenen Mitglieder des Wahlkomitees sind also Pink, Hammer, Hanke.

Abstimmung: pro 17 - contra 0

Gen. Hanke: Welche Umstände treten ein, wenn das Wahlkomitee keinen einheitlichen Vorschlag erbringen könnte?

Vorsitz.: In revolutionären Organisationen ist es üblich, zuerst jene Kandidaten zu empfehlen, über die eine einheitliche Meinung des Wahlkomitees besteht, dann jene einer Majorität und eventuell dann jene der Minorität. Letzten Endes entscheiden die Delegierten. Das Wahlkomitee tritt auch am besten erst morgen abends zusammen.

5. Punkt der Tagesordnung (a und b):

Vorsitz.: Ich denke, daß Sie damit einverstanden sind, die verschiedenen Anträge jetzt nicht zu verlesen, sondern diese zweckmäßig zu ordnen nach den betreffenden Referaten und nach der Tagesordnung zu behandeln, um die Zeit zu sparen. (Kein Einwand, Einverständnis. Red.) Damit kommen wir zum Punkt 5, b und ich ersuche den Referenten Genossen Kent, seinen Bericht über Kassa und Solidarität zu erstatten.

Referat Kent siehe Beilage 5.

Gen. Sturm: Im Verein mit Genossen Hoch habe ich die Kassa und die Solidaritätsaktion des öfteren geprüft. Die Verteilung der Pakete wird im proletarischen Sinne durchgeführt. Deshalb ersuche ich, unsere Resolution anzunehmen, die hier als Antrag gilt.

Gen.: Bruno: Wie hoch ist der in der Sparkasse liegende Betrag?

Gen. Brenner: Werden die Solidaritätspakete den Absendern bestätigt und wie steht es mit den Empfängern?

Gen. Lense: An die Absender ergehen Mitteilungen. Da oft Mann und Frau erhalten, ist der Beteiligtenstand größer als der Mitgliederstand.

Gen. Kent: Infolge der Konto-Blockierung ist es nicht möglich, das ganze bei Sparkassen eingelegte Geld freizubekommen. Wir haben ferner noch 400,- Alliierte Reichsmark, die wir unter der Hand verkaufen müssen bevor sie verloren sind. Im Übrigen bemühen wir uns, möglichst viel Material einzukaufen. Aber kaufe, wo nichts zu kaufen ist!

Vorsitz.: Zwei Anträge liegen zur Abstimmung vor: 1. Resolution über die internationale Solidarität und 2. Resolution über Kassa und Solidarität. Wir stimmen über beide gleichzeitig ab.

Abstimmung: pro 17 - contra 0

Resolutionen: siehe "Spartakist" Nr. 14/15, Seite 20 und 23.

5. Punkt der Tagesordnung (c):

Vorsitz.: Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung. Ich ersuche Genossen Krug, uns seinen Bericht zu geben.

Referat Krug siehe Beilage 6

Vorsitz.: Wir gehen nun in die Debatte ein. Die Anträge werden am Schlusse verlesen, jene des Referanten haben Primat.

Gen. Hoch: Genosse Krug bezog sich in seinem Bericht auf eine letzte Konferenz. Dieser Bericht gibt uns Aufschluß über die Entwicklung des KLB bis zur Einigung mit dem KB in August und über die Entwick-

lung der IKÜ seither. Der Vollständigkeit halber muß ich im Namen der Minderheit feststellen, daß der KB im Bericht des Genossen Krug nicht inbegriffen ist. Wir haben über seine Tätigkeit während des Krieges auf der Einigungs-Konferenz berichtet.

Gen. Horwat: Worin bestand die Tätigkeit des KB in dieser Zeit?

Gen. Hoch: Es ist in der Zeit von den Genossen des KB entsprechend den durch den Krieg bedingten Verhältnissen gearbeitet worden. Wir hielten trotz des Krieges unsere politische Arbeit aufrecht. Wir standen in Verbindung mit einem in der Schweiz befindlichen Genossen. Bis 1941 erschien die "Arbeitermacht"; anschließend bis 1943 gaben wir Lageberichte heraus; von 1943 ~~xxx~~ bis 1945 mußten wir diese Publikationen einstellen. Konferenzen haben wir keine abgehalten.

Gen. Horwat: Bei der Einigung wurde vom KB eine Stärke von 24 Mitgliedern und 8 Kandidaten angegeben, wobei von den Mitgliedern drei als abwesend bezeichnet wurden. Bis heute sind acht Genossen des ehemaligen KB als Mitglieder der IKÜ bestätigt. Wie erklärst Du, Genosse Hoch, die Differenz, die besteht, trotzdem seit der Einigung bereits dreieinhalb Monate vergangen sind?

Gen. Krug: Der Bericht des Genossen Hoch bedarf der Klärung durch die bisherige Leitung u. zw. in der Frage, warum die vom ehemaligen KB angegebene Anzahl von Genossen bis heute noch nicht eingereicht ist. Der KLB und der KB hatten verschiedene Auffassungen bezüglich der Mitgliedschaft. Die Auffassung des KLB als der jetzigen Mehrheit ist heute ausschlaggebend. Es wurde bei der Vereinigung der beiden Organisationen einstimmig - also auch mit den Stimmen der beiden Vertreter des ehemaligen KB - beschlossen, die Verschmelzung in der Leitung und in den Unterleitungen ab sofort zu vollziehen; die Verschmelzung in der Basis sollte erst auf Grund von genauen Berichten und deren Überprüfung vorgenommen werden. Viele Genossen haben sich bisher zur Frage der Einigung nicht geäußert; Genosse Hirt steht ihr ablehnend gegenüber. Die meisten dieser Genossen sind inaktiv, weil sie noch gar nicht in Zellen zusammengefaßt waren. Manche von ihnen gehören zum Kreis unserer Sympathisierenden.

Gen. Hoch: Es ist nicht behauptet worden, daß die fraglichen Genossen nicht aufgenommen wurden, weil wir dagegen Stellung nehmen. Die Frage der noch abseits stehenden Genossen kann nur von beiden beteiligten Seiten gelöst werden. Diese Genossen haben 1943 zu arbeiten aufgehört. Es wird sich zeigen, ob sie bereit und fähig sind, die revolutionäre Arbeit weiterzuführen.

Gen. Kent: Ich schneide die Archivfrage an, die im Bericht des Genossen Krug nicht erwähnt wurde und frage nach dem Verbleib der Nr. 16 unserer Publikationen. Das sind die Thesen der PI vom Dezember 1941 "Für die Sowjetmacht - Gegen die Stalinbürokratie", die seit Mai 1941 spurlos verschwunden sind.

Gen. Hanke: Die Leitung hat mir im Mai das Archiv der Publikationen der PI und des KLB zwecks Ordnung und Vervielfältigung solcher Exemplare übergeben, von denen zu wenig vorhanden waren. Die erste komplette Reihe von Originalen habe ich einem Genossen der Leitung übergeben. Aus dieser Reihe ist die erwähnte Nr. 16 seither verschwunden. Eine vier- bis fünfmonatige Suche war bisher vergebens. Das wirft kein schmeichelhaftes Licht auf die Konspiration der Genossen. Eine Untersuchung dieses Vorfalles scheint mir notwendig.

Gen. Lörse: Ich habe die vollständige Reihe der Publikationen übernommen. Im Laufe der Abschreibearbeiten wurden einzelne Stücke entnommen

und wieder zurückgebracht. Die Nr. 16 ist nicht wieder zurückgekommen. Die Entnahme von Exemplaren ließ ich mir leider nicht bestätigen, dadurch bin ich auf die Loyalität der Genossen angewiesen. Ich glaube, daß die besagte Nr. Genosse Hanke zwecks Vervielfältigung übernommen und nicht mehr zurückgebracht hat.

Gen. Hanke: Mit Gen. Krug hatte ich vereinbart, daß ich jene Exemplare vervielfältige, die ~~im~~ mehr als einer Ausfertigung vorhanden sind und daß er die Arbeit mit jenen Exemplaren übernimmt, die nur in einer einzigen Ausfertigung vorhanden waren. Und die Nr. 16 war nur einfach vorhanden.

Gen. Steiner: Es ist nicht Aufgabe der Konferenz, diese Archivfrage zu klären.

Gen. Horwat: Das Archiv ist für uns selbstverständlich sehr wertvoll. Deshalb muß ein Genosse für die Archivierung verantwortlich gemacht werden. Zum konkreten Fall schlage ich vor, daß jeder Genosse in seinem Bereich nachsieht.

Gen. Krug: Ich stelle den Antrag zur Geschäftsordnung auf Schluß der Debatte in der Archivfrage.

Abstimmung: pro 17 - contra 0

Gen. Brenner: Zum Antrag der Zelle R in der Frage der Berufarevolutionäre möchte ich sagen, daß Berufarevolutionäre nicht mit technischen Arbeiten beschäftigt werden sollen, sondern daß ihnen vor allem die politische Führung obliegt.

Gen. Hanke: Ich glaube, daß wir die technischen Arbeiten nur durch weitgehende Arbeitsteilung unter unseren Genossen leisten können.

Gen. Larse: Genosse Krug hat in seinem Referat den Begriff der Berufsrevolutionäre erläutert. Technische Arbeiten werden in einer revolutionären Organisation nicht bezahlt.

Gen. Riegler: Die Ausführungen des Genossen Referenten und in der Debatte genügen mir. Ich ziehe daher den Antrag zurück.

Beilage 7

Gen. Kent: Die Gliederung in a- und B-Zellen war richtig. Wir müssen jetzt zu einer planmäßigen Schulung übergehen, um die Schwierigkeiten bei der Auswahl der Zellenleiter zu beseitigen. Vielleicht ist dies in besonderen Zusammenkünften der A-Zellen zu machen. Wir müssen uns offen eingestehen, daß wir die aktivsten Genossen schon ausgeschöpft haben.

Gen. Bruno: Planmäßige Arbeit tut not. Wir haben eine Fülle von Material, das studiert werden muß. Man erstickt nahezu darin. Ein Plan muß auch herrschen beim Selbststudium, hier muß man den Genossen an die Hand gehen, damit sie nicht ihre Kräfte versetzen. Die ganze Arbeit muß umgestellt werden, was eine Aufgabe der neuen Leitung sein wird. Daß auch die Neuaufnahmen Kräfte beanspruchen, ist klar. So wie die Dinge derzeit liegen, haben die Gebietsleiter die ganze Arbeit allein zu leisten. Ich empfehle der neuen Leitung, im Sinne einer richtigen Arbeitsteilung so vorzugehen, daß je ein Genosse die politische Leitung, die Fraktionsarbeit, die Schulung, die Organisation übernimmt, um mit den gegebenen Kräften Hmas zu halten. Alle Arbeit, Organisierung und Reorganisierung muß fundieren auf dem planmäßigen

Einsatz unserer Kräfte. Die Planung der Arbeit nach unserem Vorschlag wäre ohne weiteres durchzuführen.

Gen. Lersae: Arbeitsteilung ist eine der schwierigsten Fragen. Auch in Frankreich scheint es so zu gehen, daß alle alles machen. Die Kehrseite der Arbeitsteilung muß absolut vermieden werden: wir dürfen uns keine Spezialistensystem schaffen. Das würde unserer Arbeit widersprechen. Alle müssen eben alles machen, denn in einer politischen Partei sind Spezialisten ein Unglück.

Gen. Hanke: Was soll man aus dem Referat des Genossen Krug entnehmen zum Begriff des Berufsrevolutionärs und des Sekretärs der Organisation; wird hier über Stellung, Aufgaben und Bezüge des Sekretärs gesprochen oder nicht? Der leitende Kern unserer Organisation muß von allen niederen organisatorischen Arbeiten freigespielt werden indem die anderen Genossen zum praktischen Einsatz kommen. Am besten wäre freilich ein Stab von Berufsrevolutionären; sein Fehlen kann nur durch weitgehende Arbeitsteilung ersetzt werden. Wir müssen dabei gewisse Eigenschaften der Sekte ablegen. Arbeitsteilung heißt ja meiner Ansicht nach nicht, daß alle dasselbe tun; sie müssen nur am selben Strang ziehen. Ich glaube, daß unsere politischen und organisatorischen Kräfte oft nicht richtig eingesetzt sind, daß einige Genossen überlastet sind während andere Zeit haben. Der Führer muß einen gewissen Abstand vom Kampfplatz haben, damit er die Übersicht hat. Deshalb zweckmäßige Arbeitsteilung und weitere Aktivierung der Genossen, damit aus dem Bekenntnis zum Programm eine Kampfgemeinschaft von möglichst hoher Potenz wird.

Gen. Beer: Zu den Ausführungen der Genossen Bruno und Hanke möchte ich sagen, daß sich ihre Fragestellung im luftleeren Raum bewegt. Die Frage der Planung und Spezialisierung ist erst in Zukunft zu lösen, wenn die nötigen Kräfte in der Organisation gegeben sind. Vorher ist da nichts zu machen. Unter Spezialisierung verstehe ich, daß sich einzelne Genossen auf gewisse Arbeiten rein technischer Natur spezialisieren. Wir aber müssen uns spezialisieren auf die Aufgabe, revolutionäre Führung zu sein. Der Reorganisationsplan enthält diese Tendenzen. Ferner liegt es an der Kraft und der Fähigkeit der A-Zellen, zu wirklichen Zellen zu werden. Wir müssen die vorhandene Qualität ausnützen zur Hebung des Klassenbewußtseins, die jede Spaltung ausschließt.

Gen. Hoch: Es liegt der Konferenz eine Resolution vor auf Billigung der Einigungskonferenz. Anfang April 1946 fand die erste Pählungnahme statt zwischen dem KLB (Krug und Riegler) und KB (Christ, Hoch, Felix). Schon nach kurzer Zeit hat sich ergeben, daß die Frage der "Kombinierten Kriegstaktik" noch immer dort stand, wo sie seinerzeit unterbrochen wurde. Auf Grund eines Wunsches des Vertreters der Internationale, trat die Leitung des KLB an uns heran mit der Aufforderung zur Diskussion über die Schaffung einer einheitlichen Organisation. Die erste am 12.6.46 stattgefundene Sitzung der paritätischen Vereinigungskommission zerachlug sich an der Frage des Namens der neuen Organisation. Grundsätzlich wurde festgestellt, daß keine prinzipiellen Differenzen bestehen außer der "Kombinierten Kriegstaktik", die aber der KLB auf Wunsch der Internationale bewußt zurückstellte, um bestimmte Erfahrungen zu ermöglichen. Nach diesem fehlgeschlagenen Einigungsversuch schlug der KB eine Aktionsgemeinschaft vor.

Gen. Lersae: Der KB hat damals geschrieben, die Frage der "Kombinierten Kriegstaktik" der Internationale zu unterbreiten. Auch ich bin für diesen Weg. Da diese Frage bald wieder aktuell werden könnte, ist es Zeit, daß sie an die Internationale weitergeleitet wird.

Gen. Horwat: Bei der Debatte über Organisation ist unbedingt hervorzuheben die Frage der Einigung mit dem KB, wobei die rein politische Seite der Angelegenheit zu trennen ist. Der KLB hat es bei der Vorverhandlung abgelehnt, die Internationale in der Frage der politischen und organisatorischen Einigung anzusprechen. Solche Einigungen mit verschiedenen Gruppen können nur in Österreich selbst entschieden werden. Es sind schon welche nach diesem Grundsatz durchgeführt worden. Bei allen diesen Einigungen wurde von beiden Seiten Bericht gegeben über die revolutionäre Tätigkeit. Der Bericht des KB war der kürzeste. Das muß festgestellt werden, weil eine kontinuierliche und organisierte Tätigkeit im Falle des KB nicht bestanden hat. Es ist notwendig, daß wir uns darüber klar sind und daß die Genossen des ehemaligen KB darüber in sich gehen. Ferner muß dies vor allem deshalb hervorgehoben werden, weil ein Genosse im Ausland der Meinung ist, der KB wäre in qualitativer Hinsicht über das Ohr gehauen worden. Wir müssen uns klar darüber sein, wie die Dinge im heurigen Frühjahr lagen: einige Genossen des ehemaligen KB waren übriggeblieben, von einer organisierten Tätigkeit kann in diesem Falle nicht die Rede sein; der KB ist im hohen Maße erst im heurigen Frühjahr durch das Verhalten des Vertreters des IS künstlich ins Leben gerufen worden. Wenn die Vertreter des ehemaligen KB ehrlich gegen sich selbst sind, dann müssen sie zugeben, daß die Dinge so gestanden haben. Ich habe seinerzeit selbst mitgearbeitet an der Einigung mit dem KB und bin der Ansicht, daß über die organisatorischen Zustände auf beiden Seiten vor der Einigung jetzt vollständige Klarheit bestehen muß wegen eventueller Ansprüche und vor allem weil die Konferenz dieser Einigung einen Schlußpunkt setzt. Der Organisationsbericht ist deshalb nicht kritiklos entgegenzunehmen und es muß festgestellt werden, daß für Führungsansprüche, wie sie von dem Genossen im Ausland hartnäckig verfochten werden, keine Basis gegeben ist.

Gen. Felix: Mich wundert nur, warum Genosse Horwat erst jetzt diese Angelegenheit aufrollt, jetzt Einwände erhebt, die früher zu bringen am Platze waren.

Gen. Sauer: Wie denn immer die Sache sei, wir von ehemaligen KB haben nach bester Möglichkeit gearbeitet, so klein unsere Organisation auch war. Wir haben getan, was eben getan werden konnte und wir werden es auch weiterhin so halten.

Gen. Horwat: Genossen, ich polemisiere nicht gegen die Einigung, sondern gegen den Bericht. Und Genosse Hoch versuchte eine Kontinuität der Arbeit des KB herzustellen.

Gen. Lerse: Das Hauptgewicht der Einigung lag nicht im Organisatorischen, sondern im Politischen. Die Frage der Organisation war uns vom KLB völlig klar und Genosse Hoch hat nicht übertrieben. Das übrige ergibt sich aus den Briefen des ehemaligen KB, die besagen, daß diese politische Frage der Internationale unterbreitet werden soll. Es wäre an der Zeit, wenn sich die Internationale darüber entscheidet.

Gen. Hoch: Von mir und meinen Freunden wird das Einigungsprotokoll gutgeheißen. Der KB hat das geleistet, was berichtet wurde.

Gen. Beer: Der KB hat bei der Einigung auf die Fraktionsbildung verzichtet. Wir können deshalb die Genossen als neue Mitglieder betrachten. Damit würde sich die weitere Debatte meiner Meinung nach aufheben; man braucht nicht von der einstigen Tätigkeit mehr sprechen.

Gen. Lerse: Ich möchte nachholen, daß es sich im Falle des KB zweifellos um eine Grunddifferenz handelt, die nicht auf den Nimmerleinstag verschoben werden soll. Wie lange sie bestehen bleibt, das hängt

auch von den Beschlüssen dieser Konferenz ab. Bezüglich der Mitgliedschaft jedoch hat der KB einen Standpunkt vertreten, den wir seit zehn Jahren verlassen haben.

Gen. Steiner: Das Kapital KB-KLB beruht auf einem Irrtum. Wenn auch einige Punkte in den Berichten strittig sind, so stehe ich auf dem Standpunkt, daß der Bericht unserer Leitung und die vorgelegte Resolution entscheidend ist. Sie sind anzunehmen oder abzulehnen. Ein wesentlicher Teil der Frage wird beim Punkt Politik behandelt.

Vorsitz.: Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, ist die Debatte geschlossen; der Referent zum Schlußwort.

Gen. Krug: Ein paar Worte zur Frage der Einigung der Organisationen. Der KB hat die Zugehörigkeit zur Organisation anders aufgefaßt als wir. Mit einem Wort, wir waren straffer organisiert. Aber es wurde in Aussprachen beschlossen, an alle Mitglieder des KB heranzutreten, um sie zum Anschluß und zur Eingliederung zu bewegen. Es muß außerdem gesagt werden, daß sich eine Reihe Genossen bis jetzt zur Frage der Einigung noch nicht geäußert haben. Auch rührt die Inaktivität vielfach daher, daß beim KB nie eine Zellenform vorhanden war. Aber es liegt kein Grund vor, Genossen, die auf dem Boden der 4. Intern. stehen, bei uns nicht einzugliedern.

Die Frage über das Archiv ist abgeschlossen.

Die Debatte über die Frage der Berufsrevolutionäre hat keine Einwände gegen den Antrag der Leitung gebracht. Sie ist also abgeschlossen und der Antrag kommt zur Abstimmung.

Zur Frage der Arbeitsteilung und Planung. Man kann die Arbeit des OB auch als nicht planmäßig bezeichnen, wenn man Pedanterie als Maßstab anlegt. Es kommt darauf an, was man als planmäßig bezeichnet und was nicht. Manche Voraussichten in bezug auf Organisationsarbeit sind nicht eingetroffen. Es müssen erst manche Erfahrungen ausgewertet werden. Es geht nicht an, eine Umorganisation in Angriff zu nehmen, indem man erst den Plan macht. Dieser ist erst auf Grund von Erfahrungen aufzustellen. Es ist zu warnen vor Plänen, die zu sehr ins Detail gehen; das würde die Tätigkeit des Einzelnen Genossen hemmen. Über den Plan, der bisher bestand, wurde hier nicht gesprochen. Und doch hat er sich in großen und ganzen bewährt; man kann sogar schon von Erfahrungen aus ihm verwerthen.

Zur Arbeit der Zellen möchte ich sagen, daß diese mehr Berichte liefern müssen. Zusätzliche Zusammenkünfte der A-Zellen sollen nicht stattfinden, sondern gemeinsame Zusammenkünfte der A- und B-Zellen.

Ich ersuche nun um Annahme folgender Resolutionen und Anträge, die ich unterstütze, nach folgender Reihenfolge:

1. Resolution zum Organisationsreferat;
2. Resolution über die Einigung von KLB und KB;
3. Kenntnisnahme des Protokolls über die Einigung;
4. Antrag der GL 16 mit der Einfügung "wichtigen" zwischen "jeden" und "politischen" in der ersten Zeile des ersten Punktes.

Vorsitz.: Die Debatte hat mit Ausnahme der Feststellungen keine bemerkenswerten Differenzen ergeben, ich kann also annehmen, daß alle vier Anträge auf einmal abgestimmt werden können. Kein Widerspruch? Abstimmung:

Abstimmung: pro 17 - contra 0

Resolutionen: siehe "Spartakist" Nr. 14/15, Seite 20 und 21

Beilagen zum Protokoll 8 und 9

Vorsitz.: Die Tagung wird unterbrochen; Fortsetzung um 14.00 Uhr.

5. Punkt der Tagesordnung (d): Presse

Vorsitz.: Wir behandeln nun den Punkt Presse. Das Wort hat Gen. Horvat als Referent.

Referat Horvat siehe Beilage 10.

Vorsitz: Die Debatte ist eröffnet. Als erster Redner Gen. Lörse.

Gen. Lörse: Am Umfang und an den Methoden der Pressearbeit befriedigt uns manches nicht. Da die Genossen nicht immer mit dem Lesen des erschienenen Materials nachkommen, müssen wir in Zukunft untersuchen, was wichtig und was weniger wichtig ist. Seit Monaten sind nun auch internationale Artikel vorhanden, aus denen wir viel lernen können. Die Auswahl der Arbeiten wird jedoch eine der schwierigsten Fragen bleiben. Die politischen Ereignisse in prinzipiellen Licht zu betrachten, das beherrschen wir schon im gewissen Grade. Aber wir müssen jetzt immer mehr zu den Tagesfragen konkret Stellung nehmen, und die Formulierung konkreter Kampflösungen ist eine Frage von größter Schwierigkeit aber auch von höchster Bedeutung. Die Genossen müssen uns mit Berichten aus den Betrieben auf die wichtigsten und brennendsten Fragen hinlenken. Darüber hinaus müssen auch Genossen an der Presse mitarbeiten, die nicht in der Redaktion tätig sind. Zu den bisher eingelangten Artikeln wurde von PE oft nicht Stellung genommen. In Zukunft wird die Redaktion solche Arbeiten prüfen und ihre Veröffentlichung eventuell veranlassen müssen. Die Genossen sollen im großen Umfang beginnen, kurze Artikel über konkrete Fragen zu schreiben, etwa in der Form der Streiflichter, um so die Redaktion zu unterstützen.

Gen. Krag: Die Internen Bulletins des IS sollen in Zukunft auch in deutscher Sprache erscheinen. Solange wir aber das ganze Material in fremden Sprachen bekommen müssen wir eine zweckmäßige Form der Zusammenarbeit zwischen den Übersetzern, der Redaktion und dem OB finden. Am besten wird die Redaktion in Zukunft dem OB entsprechende Aufträge geben. Zum Arbeitsplan der Redaktion in bezug auf die Tagesfragen ist zu sagen, daß der "Spartakist" weder ein Agitations- noch ein Diskussionsorgan werden soll, aber einen großen Teil unseres Blattes wird ein Programm oder eine Anleitung im Kampf um die Tagesfragen einnehmen, indem es zu einzelnen besonderen Fällen Stellung nimmt und so unsere Genossen in ihrer Fraktionsarbeit unterstützt. Dazu sind zweifellos zahlreiche und konkrete Berichte unserer Mitglieder notwendig, Tatsachenberichte, die keine besondere Schulung erfordern. Diese Tatsachenberichte werden wir auch für die Verfassung von Lageberichten an die Internationale auswerten können.

Gen. Sturm: Berichte an die Internationale sind nur mit großer Genauigkeit zu machen. "Optimistische" Einzelheiten nicht verallgemeinern, damit bei der Internationale keine Verwirrung und schlechte Einschätzung der Lage eintritt. Die Lage bei uns muß realistisch und konkret wiedergegeben werden. Zur Frage des Schulungsmaterials ist zu sagen, daß die vorhandene Notausgabe vielfach bereits durchgenommen und nun kein Anschluß da ist. Also müssen wir auf das alte Material zurückgreifen. Die Umarbeitung des Kurses scheint mehr Schwierigkeiten zu bereiten als wir uns vorgestellt haben, sie muß aber dennoch beschleunigt werden. Ferner ist die Frage aufgeworfen worden, ob alles erschienene Material auch gelesen wird. Ich glaube, wir sollen nicht danach fragen, ob einzelne Genossen nicht nachkommen mit dem Lesen, sondern wir müssen zu den Tagesfragen, zu den laufenden Fragen auf jeden Fall Stellung nehmen.

Gen. Gärtner: Aus der bisherigen Arbeit und Zusammensetzung der Redaktion liegen bereits einige Erfahrungen vor, die bei der Zusammenstellung der neuen Redaktion verarbeitet werden sollen. Niemand ist ge-

dient damit, wenn wir eine Redaktion nur dem Namen nach haben. Die Redaktion ist eine jener Fragen, die die Kräfteverhältnisse in der Organisation am Kräftesten zum Ausdruck bringen. Doch ihr sollen die Redaktionsarbeiten nicht von einer zweiten oder dritten Garnitur gemacht werden, sondern von Genossen, die dazu befähigt sind. Endererseits müssen sich die Redaktionsmitglieder auf ihre wichtige und anstrengende Aufgabe konzentrieren können. Zu diesem Zweck muß ein inniger Kontakt geschaffen werden zwischen der Redaktion und dem PB, welches der Redaktion allgemeine Richtlinien für die Arbeit geben und einen Plan über die momentan wichtigsten Fragen ausarbeiten muß. Die Arbeit der Redaktion muß in Einklang stehen mit dem PB aber auch mit den GL und den einzelnen Zellen, denn die Redaktion muß bearbeiten was die Mitglieder brauchen (soweit ihr das möglich ist) und deren Arbeiten redigieren und versorgen. Auf diese Weise könnten auch die Mitglieder auf das Bearbeitungsmaterial Einfluß nehmen. Fragen der Minderheit könnten dadurch ebenfalls klaglos zum Ausdruck kommen.

Gen. Bruno: - 1. Die Zeitung ist der Spiegel unserer Organisation. Die Organisation und planvolle Ausweitung eines Mitarbeiterstabes ist deshalb eine wesentliche Aufgabe für die Zukunft. Dabei stelle ich mir vor, daß jeweils ein bestimmter Genosse mit einer bestimmten Aufgabe betraut werden soll. - 2. Lenin hat sich immer wieder mit den Opportunisten auseinandergesetzt. Auch wir müssen/ist wichtigsten Dokumenten unserer Gegner, der kleinbürgerlichen Parteien usw. befassen. So könnte n.B. eine aktuelle Aufgabe darin, die Renner-Broschüre schreiben, die "Zukunft" usw. zu kritisieren. - 3. In jeder Nummer des "Spartakist" soll mindestens ein internationales Dokument erscheinen. Die letzte Nummer war etwas zu schwach, wenn man bedenkt, daß sie der Konferenz Auftakt und Auftrieb sein soll. - 4. Zur Frage ob und an welche Kandidaten die Zeitung weitergegeben werden soll möchte ich vorschlagen, daß dies den GL übertragen werden soll, was eine Entlastung für die Z bedeuten würde. - 5. Die Presseinformationen müssen ausgestaltet werden zu einem wirksamen Mittel in der Unterstützung der politischen Arbeit unserer Genossen. Dazu ist ein fester Mitarbeiterstab zu schaffen, in dem auch Übersetzer aufgenommen sind. - 6. Und noch eines: Die Verarbeitung des ökonomisch-statistischen Materials ist mehr als bisher zu beachten.

/am mit
den

Gen. Steiner: Die Presse ist nicht nur das äußere Bild, sondern auch die innere Bindung einer Organisation. Sie ist das wichtigste Instrument der Bindung überhaupt, sie ist Richtlinie und Grundlage des Handelns. Unsere Presse hat sich in keiner Weise dem Zeit der Organisation, der Schaffung der revolutionären Klassenpartei angepaßt, und dieses Ziel steht im Vordergrund. Es ist jedem klar, daß die Propaganda zielgemäß einsetzen muß und daß die in die jeweilige Kampftappte hineinfallenden Lösungen gegeben werden müssen. Der "Spartakist" könnte aber auch zu einem Organ ausgestaltet werden, das auch Elementen zugeführt werden soll, die noch nicht die gewisse theoretische Höhe erreicht haben. Diese zwei Gesichtspunkte sind miteinander nicht vereinbar und für ältere Propfälle wäre eine zweite, reine Propagandaschrift zu schaffen. Im "Spartakist" muß das Schwergewicht aus unser Ziel der Schaffung der revolutionären Klassenpartei ~~produktiv~~ verlegt werden und die neue Propagandaschrift muß leichtere Propaganda bringen. Wir können die Schwierigkeiten nur meistern, wenn wir nicht von Idealfällen, sondern von den Bedingungen ausgehen. Zur Frage der Berufarevolutionäre: Wir wissen, wie schwierig es für berufstätige Genossen ist, politische Qualitätsarbeit zu leisten, um den kleinbürgerlichen Redakteuren gegenüberzutreten. Wir müssen die Voraussetzungen schaffen, daß sich diese Genossen frei ihren Aufgaben widmen können. Die Frage der Übersetzungen ist nicht Angelegenheit des OB, sondern des PB und der Redaktion. Es müssen so viele Leute dafür herangezogen werden, als nur entbehrlich sind. Die Planfrage: Arbeitsteilung ist die Voraussetzung einer planvollen revolutionären Tätigkeit. Sehr schwierig für jedes

einzelne Mitglied des PB ist die Beschaffung der grundlegenden Veröffentlichungen unserer Gegner, die aber vorhanden sein müssen. Das internationale Material muß jedem Genossen raschest zugänglich gemacht werden, damit die Diskussion bald eröffnet werden kann. Zusammenfassung: Der "Spartakist" kann nicht beide Tendenzen vertreten, nicht beiden Seiten der Propaganda dienen, nicht theoretischen und aktuellen Aufgaben entsprechen. Wir müssen schließlich Genossen freistellen.

Gen. Liss: Unsere Arbeit hat nun einen Umfang erreicht, daß sie nur schwer zu bewältigen ist. Vor uns liegen hier eine Reihe von Anträgen, die diese Arbeit noch vermehren und niemand macht sich Gedanken, ob sie sich mit den vorhandenen Kräften auch verwirklichen lassen. Rechnen wir einmal zusammen: Sitzungen der GL, Betreuung der A-Zellen und B-Zellen, Studium der eigenen und der internationalen Dokumente, jene der uns feindlichen Parteien, die Tagesblätter dazu - was bleibt da noch an Zeit? So ist die Bildung einer eigenen Meinung bei den Genossen erschwert. Die Publikationen sollen nur grundsätzliche Fragen behandeln, die Tagesfragen behandeln die GL und Zellen. Der Antrag Bruno ist überflüssig, da schon ein L-Beschluß vorliegt, der den GL das Recht der Weitergabe von "Spartakisten" überträgt.

Gen. Aldermann: Die internationalen Dokumente müssen bekannt gemacht werden, das steht allen voran. In zweiter Linie muß jenes Material verarbeitet werden, das dazu dient, aus den Kandidaten Mitglieder zu machen. Das ist die Arbeit, die wir leisten müssen. In dritter Linie kommt der allgemeine politische Kampf. Bei den Tagesfragen werden wir auf alle Fälle scheitern, denn bis alles durchbesprochen ist und die Nummer herauskommt, ist die Angelegenheit überholt, ist die Zeit schon zu vorgeschritten. Wir müssen aber seitweilig in großen Fragen hervortreten, wie dies z.B. bei der Kurassow-Angelegenheit geschehen ist. Wir müssen mit den bescheidenen Kräften haushalten und die Genossen durch Schulung so weit bringen, daß sie selbständig Stellung nehmen und Propaganda machen können. Da läßt sich keine fixe Marschroute für die neue L geben.

Gen. Hanka: - 1. Die Manuskripte entsprechen vielfach nicht den Anforderungen der Druckreife. Sie entsprechen manchmal auch nicht unserer prinzipiellen Linie. Es sind auch schon Artikel erschienen, deren Inhalt erst der nächsten strategischen Etappe unseres Kampfes gerecht wird. Die L muß dafür sorgen, daß nur in jeder Hinsicht druckreife Arbeiten in Druck gehen. - 2. Begonnene Arbeiten dürfen wir nicht stehen lassen. Die Fortsetzung des Schulungsmaterials ist unbedingte Notwendigkeit. Das Ballenlassen begonnener Arbeiten ist eine Kompromittierung der L, wirkt zerstörend, fördert Ermüdungserscheinungen. - 3. Zur Berichterstattung an die Internationale aus dem Klassenkampf in Österreich können nur Tatsachen dienen. Die Redaktion muß diese Tatsachen in das richtige Verhältnis bringen, sonst entsteht ein gefärbtes und "optimistisches" Bild. - 4. Wir sind eine internationale Partei d.h. die Sektion einer solchen. Eine ganze Anzahl internationaler Arbeiten ist bei uns schon veröffentlicht worden. Aber eine weit größere Anzahl noch nicht. Ausländische Arbeiten müssen im "Spartakist" kommentiert werden, zu ihnen muß Stellung genommen werden besonders wenn sie von unserer Linie abweichen. Zu keinem der bisher veröffentlichten Artikel hat die L Stellung genommen. Das muß meiner Ansicht nach in jedem Falle wenigstens in Form eines Vorwortes geschehen. Die Stellungnahme ist nicht jedem einzelnen Genossen zu überlassen. Der Presseantrag des Gebietes 16 enthält alle diese Gedanken. - 5. Ich halte die Ansicht des Genossen Referenten, daß der Plan "in der Aktion oder gar nach der Aktion entsteht", nicht für richtig. Den Plan muß man vorher aufstellen. Und dann ist es unsere Aufgabe, diesen Plan zu erfüllen. Vieles wird gelingen, wenn es ernstlich gewollt wird. Gerade in dieser Frage wäre uns die Herausgabe der Thesen der ersten vier Kongresse der

Komintern eine wesentliche Hilfe. Wir können in unserem Kampf nicht warten bis wir Berufsrevolutionäre mit bestimmten Aufgaben haben, sondern wir müssen deren Fehlen vorläufig ersetzen durch weitestgehende Arbeitsteilung.

Gen. Friedrich: Die Debatte geht zu sehr in die Breite. Unsere Presse ist aus den Verhältnissen gewachsen. Pläne sind gut, sie kann man aber nur dann verwirklichen, wenn man die nötigen Kräfte hat. Manche Genossen sind der Ansicht, wir könnten unsere Presse erweitern, wie sie der Legalität entsprechen würde. Zum Schluß geht jeder von uns einem Berufe nach. Wir müssen unsere Kräfte konzentrieren auf den Ausbau unserer Organisation. Von deren Wachstum hängt auch die Entwicklung der Presse ab. Wir dürfen unsere Kraft nicht überlasten, das sollte uns die Erfahrung mit dem Kursmaterial lehren, dessen Fortsetzung nur aus Mangel an Zeit stecken blieb.

Gen. Fink: Das Kräfteverhältnis sieht sich wie ein Faden durch die Diskussion. Sollen wir uns aus Gründen unserer heutigen Schwäche keine Aufgaben stellen, damit wir stärker werden? Das Planen ist an sich eine Selbstverständlichkeit. Aber man muß so planen, daß der Plan auch durchgeführt werden kann, und man plant immer erst dann, wenn man durch eine bestimmte Erfahrung dazu gezwungen ist. Wir dürfen es nicht so wie Idealisten machen, die erst in der tatsächlichen Ausführung sehen, daß sie ihre Kräfte überschätzt haben. Wir dürfen es auch nicht so energetisch machen wie ein Kleinbürger und wie die Stalinbürokratie in Rußland geplant hat. Wir müssen über eine bestimmte Kraft verfügen und ~~haben~~ dürfen keine Illusionen haben über die Marschroute. Ich habe den Eindruck, daß sich die Redaktion auf die Existenz bestimmter Kräfte stützt, die mit mehr oder weniger Fähigkeit ausgestattet sind. Es ist ihre Aufgabe, alle verfügbaren Kräfte ~~anzuschließen~~ der Organisation hinzuzuziehen. Die bisherige Ausgestaltung des "Spartakist" und der anderen Veröffentlichungen entspricht den Verhältnissen unserer gegenwärtigen Kräfte. Diese sind in Zukunft durch einen überstimmten Plan nicht in ein Verhältnis zu ~~zwingen~~ zwingen, das wir nicht zu leisten imstande sind. Der Plan des Gebietes 16 geht über unsere jetzigen und zukünftigen Kräfte hinaus.

Gen. Beer: Die ganze Fragestellung von Plan und Kontraplan entsteht, weil das Gebiet 16 die Entwicklung durch ein System überspringen will. Das wesentliche ist, daß viele Vorarbeiten noch nicht geleistet wurden. Genosse Hanke sprach von mangelnder Druckreife der Manuskripte; wahrscheinlich hatte die L keine Zeit zum Verarbeiten, zum Lesen. Zwei Zeilen, wirklich verdaut, sind mehr wert als ein ganzer nicht verarbeiteter Stoß von Schriften. Die Genossen des Gebietes 16 haben sich von den Voraussetzungen, von Boden der Tatsachen gelöst. Eine Menge Kräfte der Zellen wird verschlungen durch verschiedene Arbeiten; bestimmte Aufträge würden ihre Arbeit paralysieren. Analyse unserer Kraft und ein elastisches Arbeitsprogramm sind notwendig. Die Mitarbeit für die Zeitung und ~~die~~ die organisatorische Arbeit, das sind Erziehungsfragen. Die Schwächen der A-Zellen sind Schwächen in der politischen und wirtschaftlichen Ausbildung. In den Zellen muß begonnen werden, schriftlich zu arbeiten, schriftlich zu diskutieren. Dies dient der Vervollkommenheit der Ausdrucksweise und der Überwindung der Minderwertigkeitskomplexe. Ich bin ebenso gegen den Antrag des Gebietes 16 wie Genosse Fink.

Gen. Kent: Ich bin mit der Einstellung des Genossen Beer nicht einverstanden und weise sie zurück. Unser Plan ist nicht aus der Luft gegriffen, er ist nur ein Maximalprogramm, dessen Erfüllung wir anstreben können und müssen. Es soll noch angeregt sein, zentrale Sammelmappen mit den aktuellsten Artikeln und verschiedenen wichtigen Zeitungen anzulegen, auf die bei Bedarf jeder Genosse zurückgreifen könnte.

Gen. Larse: Ich habe den Eindruck, die Dinge wachsen uns über den Kopf. Durch die Fülle der anfallenden internationalen und internen Arbeiten leidet die Qualität der eigenen Arbeiten. Es ist zweifellos so, daß sich dieser Zustand mit unserer Übung, diese Dinge zu lesen, verbessern wird. Viele politische Vokabeln haben wir erst jetzt kennen gelernt, ebenso wichtiges Material aus der Vergangenheit. Wenn wir diese Rückstände aufgearbeitet haben werden, wird sich Vieles gebessert haben. Wir werden die Dinge meistern, soweit es uns gelingt, den Mangel an Zeit und Kraft aufzuheben. Bisher sind Fehler unterlaufen bezüglich der Wichtigkeit und Reihenfolge der Übersetzungen, die für die Klärung von Differenzen, für die Schulung wertvoll sind. Aber einzelne schwächere Punkte sind noch nicht maßgebend für die Linie. Diese Linie wird von unserem Programm festgelegt. Dieses Programm entwickelt einen Plan, der an Hand von Erfahrungen modifiziert wird. Jeder Plan, auch der schönste, wird an Hand der Tatsachen manche harte Korrektur erfahren.

Die Arbeiter werden nur im Kampfe ihre wirklichen Führer erkennen und wir werden den Wendungen des Gegners in diesem Kampfe stets Rechnung tragen müssen. Und je schärfer man sie erkennt, desto besser. Aber es geht nicht ohne Plan, es geht nicht ohne einen optimistischen Plan. Ein Plan muß kein starres System sein.

Gen. Yanke: Wir müssen hier widerspruchsvolle und sich widersprechende Auffassungen über Planung feststellen. Am Anfang kommt der Plan und dann die Ausführung. Aber ein Plan ist kein starres Schema und er kann nur auf den tatsächlich vorhandenen Kräften basieren. Wir werden unsere Kräfte nur unzureichend ausnützen, wenn die Leitung nicht nach einem grob angelegten ~~Kern~~ Konzept handelt. Zur Durchführung dieser Konzeption gehört allerdings Zähigkeit. Wir halten die Kraft der Organisation für so stark, daß sie unseren Plan erfüllen kann. Unter anderem brachte uns folgende Erfahrung ~~Kern~~ unseres Gedankens: Wir haben einige Genossen, die bisher abseits standen, für technische Arbeiten gewonnen und eingespannt, damit andere Genossen entlastet und diese jungen Genossen begeistert und aktiviert. Man muß also irgendwo beginnen - und deshalb unser Vorschlag.

Gen. Bruno: Die Diskussion zeigt zwei Richtungen, zwei entgegengesetzte Auffassungen über die Arbeitsweise. Ich möchte deshalb feststellen, daß der Antrag des Gebietes 16, zu dem ich bekenne, nicht über die Vorschläge der Redaktion hinausgeht. Er ist nur wesentlich konkreter. Nach meiner Ansicht ist die theoretische Revü zu schaffen, ist die Schriftenreihe fortzusetzen, sind die Presseinformationen auszugestalten. Gerade durch letztere, die von Gebiet 16 angeregt und hergestellt wurden, haben wir einen wichtigen Schritt vorwärts getan.

Gen. Sturm: Ich kann den Antrag des Gebietes 16 nicht vollständig ablehnen, obwohl er in einigen Punkten voraussetzt. ~~Stützpunktarbeiten~~ ~~fortzusetzen~~ ~~Sparkristall~~ ~~fortzusetzen~~ Ich gebe den jungen Genossen Recht, aber wir müssen mit den Kräften haushalten. Wichtig sind die Informationen. Beim "Spartakist" muß das Beste geleistet werden, um auch in der Internationale bestehen zu können. Beim "Leninisten" ist auf den Inhalt Rücksicht zu nehmen; der Name ist zweitrangig, obwohl der bereits eingeführte Name etwas für sich hat. Diese für die breitere Propaganda bestimmte Schrift halte ich für äußerst wichtig. Sie muß weiter geführt und ausgebaut werden.

Gen. Steiner: Es gibt da eine Menge Meinungsverschiedenheiten über Plan und Nichtplan. Ich bekenne mich zum Referat der Redaktion. Die Ansicht des Genossen Beer muß ich zurückweisen, denn wir alle sind Elemente des Planes wie wir Elemente des Bewußtseins sind. Und so Bewußtsein ist, dort ist auch Plan. Es hätte mehr von den Kräfteverhältnissen gesprochen werden müssen und weniger zur Planung. Der Antrag des Gebietes 16 geht nur etwas zu weit, wenn man ihn überspitzt betrachtet. Welche Aufgaben stellt er uns? Ausbau unseres Organ; Ent-

Wicklung einer neuen Schrift für die interne Diskussion, der theoretischen Revue; Fortführung der Presseinformationen im Interesse der praktischen Tätigkeit unserer Genossen; Schaffung einer Schrift, die in unserer Propaganda an außenstehende Arbeiter abgegeben werden kann. Wir brauchen einen Plan im dialektischen Sinne. Wir brauchen einen Plan, nach dem wir handeln können.

Gen. Gruber: Wichtig ist, daß die Redaktion fest steht; sie wird sich einen Plan zurecht legen und danach arbeiten müssen. Theorie ist wichtig, aber das wichtigste ist die praktische Handlung. Im Betrieb muß ich handeln und deshalb so viel im Kopfe haben, daß ich Propaganda leisten kann. Und hier muß sich die führende Rolle der Leitung auswirken, die uns kein Leitthema sein soll, sondern die uns ersatzlichen muß, uns in der Diskussion selber klar zu werden.

Gen. Krug: Aufgabe einer Konferenz ist, Beschlüsse zu fassen. Der Antrag des Gebietes 16 deckt sich zum großen Teil mit dem der Redaktion. Der Antrag der Redaktion möge deshalb so wie er ist angenommen werden. Nur stelle ich den Antrag, in Punkt 2, b "durch mindestens ein Mitglied des PB" zu sagen.

Gen. Hammer: Ich stelle den Antrag auf Schluß der Debatte.

Vorsitz.: Wird zum Antrag auf Schluß der Debatte pro oder contra das Wort verlangt? Nicht der Fall. Wir schreiten zur Abstimmung.

Abstimmung: pro 17 - contra 0

Vorsitz.: Der Referent zum Schlußwort.

Gen. Horvat: Alles wesentliche aus dem Antrag des Gebietes 16 ist im Antrag der Redaktion enthalten. Ich glaube, daß die Genossen deshalb ~~ihren~~ ihren Antrag zurückziehen ~~sollten~~ sollten. In der Debatte wurde beinahe nicht eingegangen auf die Gestaltung der zukünftigen redaktionellen Tätigkeit in bezug auf die Aktualisierung des "Spartakist". Ein Organ, das allgemeine Dinge anschnaidet ohne konkret an den Bedingungen anzuknüpfen, ohne auf die konkreten Tagesaufgaben einzugehen hat keinen Wert, hat keine Lebensberechtigung. Auf dem Gebiet der Presse müssen wir ein gewisses Kompromiß schließen. Wir müssen uns darauf beschränken, die wichtigsten Tagesfragen (Hunger, Teuerung, Besatzung usw.) herauszugreifen und sie zu ~~un~~ behandeln. Wir müssen auf die brennendsten Fragen der Arbeiterklasse eingehen. Das ist es, was ich mit dem Satz "Eingreifen in den aktuellen Kampf der Arbeiterklasse" verstehe. Dieses Eingreifen muß in einer Form geschehen, die unserer gegenwärtigen Entwicklungsstufe entspricht. Gegenwärtig können wir gegen unseren Willen nur Propaganda und noch nicht Agitation betreiben. Durch unser gegenwärtiges Entwicklungsstadium bedingt, werden gewisse Dinge nur meritorisch, theoretisch, abstrakt behandelt werden können. Aber trotzdem müssen wir diesen Dinge so konkret wie nur möglich gestalten, denn unsere Genossen stehen ~~mit~~ in ihrer propagandistischen Arbeit mitten in aktuellen Kampf der Klasse. Auf Genossen, die schon jahrelang bei uns sind, wirkt unser Organ ~~un~~ mündig; bei längerem Lesen stellen sich unbedingt Ermüdungserscheinungen ein. Der "Spartakist" muß in Zukunft konkreter werden. Zum Beispiel soll als konkrete Kampfaufgabe die Hungermisere genannt sein. Es ist uns klar, daß der Hunger von der Besatzung und von der Kapitalistenklasse in den Industriegebieten besonders herbeigeführt wird; daß unter Führung der Bourgeoisie die Bauern die Versorgung Wiens planmäßig sabotieren; daß die Lebensmittelpreise erhöht werden können unabhängig von der kleineren oder größeren Einfuhr; daß KP und StP ungenügende Maßnahmen vorschlagen. Die Arbeiter diskutieren in den Betrieben über die unmittelbarsten Fragen, die es für sie gibt. Hier

wie es wir ansetzen und die Schaffung von Betriebskomitees befürworten, die in Verbindung mit der Dorfarmut die die Versorgung usw. kontrollieren sollen. Über diese Fragen ist die Propaganda weiter zu führen zu den prinzipiellen Fragen. Der "Spartakist" soll mehr als bisher unsere Genossen vor konkrete Kampfaufgaben stellen und solche Lösungen bringen, die mit unseren Kräften und mit der Aufnahmefähigkeit der Massen vereinbar sind. Ferner ~~zahlreiche~~ sollen im "Spartakist" auch internationale Dokumente veröffentlicht werden. Die umfangreichen unter ihnen sollen als eigene Broschüren in der Schriftenreihe erscheinen, falls dies im einzelnen Fall zweckmäßig ist. Aber der "Spartakist" soll kein Archiv für die Veröffentlichung von internationalen Dokumenten sein, sondern ein Kampforgan, das ausgeht vom unmittelbaren täglichen Klassenkampf in Österreich. Die Redaktion hat einen Plan vorgelegt, der dieser Aufgabe Rechnung trägt. Zum Schluß sei noch bemerkt, daß die Genossen, die nun an der redaktionellen Tätigkeit teilnehmen werden, erst in sie hineinwachsen müssen und daß nach der Aufarbeitung der Rückstände eine Anzahl von Kräften frei wird.

Vorsitz.: Der Antrag der Redaktion hat Vorrang und kommt daher als erster zur Abstimmung.

Abstimmung: pro 17 - contra 0

Siehe "Spartakist" Nr. 14/15, Seite 23 - Resolution über die Presse.

Gen. Bruno: Der Referent hat nun auch festgestellt, daß sich ~~xxxx~~ die beiden Anträge (der der Redaktion und der des Gebietes 16) decken. Der Plan des Gebietes 16 geht jedoch mehr auf die konkreten Dinge ein. Wir halten das für wesentlich und ziehen deshalb den Antrag nicht zurück.

Vorsitz.: Da der Antrag des Gebietes 16 nicht zurückgezogen wird gelangt er nun zur Abstimmung.

Abstimmung: pro 5 (Brenner, Bruno, Gärtner, Hanke, Kent) - enthalten 1 (Horvat) - contra 11 (restliche Delegierte).

Beilage zum Protokoll Nr. 11 - Antrag des Gebietes 16.

~~xxxxxx~~ 5. Punkt der Tagesordnung (e): Propaganda

Vorsitz.: Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung, Punkt Propaganda. Referent ist Genosse Krug.

Referat Krug siehe Beilage 12.

Vorsitz.: Ich eröffne die Debatte. Als erster spricht Genosse Hanke.

Gen. Hanke: Da der Genosse Referent sich zu unserem Antrag betreffend die "Leninisten"-Aktien nicht geäußert hat, frage ich nach seiner Stellung zu ihm.

Gen. Steiner: Ich stelle den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Antrag vorzulesen.

Der Antrag wird vorlesen. Siehe Beilage zum Protokoll Nr. 13.

Gen. Gruber: Die Einstellung des "Leninisten" hat uns besonders berührt. Der "Leninist" bietet die Möglichkeit, an Elemente in den Betrieben

dort heranzukommen, wo das Wort unausgesprochen sein muß. Gerade in den Betrieben liegt heute das Schwergewicht und es genügt nicht, daß ein Genosse von uns Betrieberat ist und sich durch sein Verhalten Vertrauen erwirbt. Heute kommt dieses Vertrauen eher jenen Parteien zu Gute, denen wir offiziell angehören. Hier muß der "Leninist" einsetzen und die Brücke schlagen. Beim ersten Anlauf hat sich gezeigt, daß die so wichtige Aufgabe, wie sie sich die "Leninisten"-Aktion gestellt hat, nicht zu Ende geführt werden konnte. Die Leitung muß einen Arbeitsplan ausarbeiten, damit das in Zukunft unbedingt durchgeführt werden kann. Auch die Gebiets-Ausflüge sind sehr wichtig, auf ihnen werden laufend alle wirtschaftlichen, gewerkschaftlichen und politischen Fragen durchbesprochen.

Gen. Steiner: Der "Leninist" entspricht nicht unserer heutigen Aufgabe, denn wir stehen vor der Notwendigkeit einer Auslese zur Hebung der Qualität unserer Organisation. Es wurde ihm unter anderem die Aufgabe gestellt, "die demokratischen Illusionen der Arbeiter zu zerstören". Danach wäre es heute unsere Aufgabe, die Massen für den Kampf um die Demokratie zu werben. Aber die Demokratie ist heute noch lange nicht so ausgebaut, daß wir die Illusionen des Proletariats durch die Kritik an Parteien zersetzen können; die Massen sind für den Kampf um die Macht, um die Diktatur des Proletariats noch nicht reif. Der "Leninist" sollte zu aktuellen Angelegenheiten Stellung nehmen und insofern hat er uns wertvolle Dienste geleistet bei der persönlichen Propaganda. Aber der Plan, der damals der Leitung vorgelegen hat, ist ein falscher Plan, bzw. gar keiner gewesen. Der "Leninist" bedeutete einen ersten Schritt der revolutionären Propaganda über den Rahmen der individuellen Werbung hinaus und sollte eine Kette bilden, deren zweiter Teil darin bestand, die Genossen in den reformistischen Parteien schrittweise zu erfassen und ihnen unsere Hauptgedanken zu vermitteln. Aber die Aktion hat beim zweiten Teil aufgehört; sie schloß ein, weil die Handlung mit den Absichten von vornherein in Widerspruch stand. Die Aktion hat ~~nicht~~ auch nicht die ganze Organisation aktiviert, sondern nur die sowieso aktiven Mitglieder erfaßt. Der "Leninist" kann in Gegenteil die Genossen zur Passivität in der Propaganda verleiten. Trotzdem ist er nicht grundsätzlich, sondern nur in bezug auf seine Zweckmäßigkeit abzulehnen. Ich unterstütze deshalb auch die von der Leitung vorgeschlagene Resolution. Diese Propagandaschrift muß jetzt einen anderen, indifferenten Namen bekommen, damit man mit ihr an alle Genossen herankommt. Sie muß, von den aktuellen Fragen ausgehend, den Arbeitern die Grundlagen des Kommunismus verständlich machen. Ich muß mich ferner gegen den Gen. Gruber wenden und sagen, daß uns das Organ allein nicht befähigen wird einen Kampf zu führen. Der Angehörige der SP oder Stalinpartei hat in den Gewerkschaften genügend Gelegenheit, gegen "seine" Partei aufzutreten. Wenn ein Genosse das Vertrauen der Arbeiter gewonnen hat, dann entscheidet nur mehr sein praktisches, richtiges und abgrenzendes Verhalten.

Gen. Horvat: Im Namen der Gen. Bruno, Felix, Hanke und Kent ziehe ich den Antrag zurück.

Gen. Lense: Die Propaganda ist das zentrale Punkt unserer Arbeit. Sie soll unsere Kraft steigern. Seit Jahren führen wir die individuelle Propaganda durch. Nach dem April 1945 wandte die Leitung ihr Augenmerk der Stalinpartei zu und war der Meinung, daß dort Gewinne zu holen seien. Das war ein Fehler in der Einschätzung, der auf den "Leninisten" zurückwirkte und für den ich die Hauptverantwortung trage. Die Perspektive der Herausbildung eines linken Flügels in der Stalinpartei erwies sich trotz der Ernüchterung durch den Wahlausgang als nicht realisierbar. Aber die Aktion führt keineswegs zur Passivität der Mitglieder, denn die beschickten Leute wurden zum Teil beobachtet und man konnte an sie herankommen. Allerdings war der Erfolg dabei minimal und die Kritik der Genossen war in manchen Punkten berechtigt. Bei der Herausgabe des

"Leninisten" Nr. 3 ergaben sich Schwierigkeiten politischer Natur (Frage der entarteten Sowjetbürokratie und ihr Verhalten zu den Gewerkschaften und zur Partei). Die weitere Entwicklung kann nur in der von Gen. Steiner angegebenen Richtung gehen mit der Perspektive, daß wir unser Gesicht zur SP zuwenden.

Gen. Bruno: Die Genossen in unserem Gebiet haben schon oft den Wunsch nach einer Propagandaschrift ausgesprochen, die ja nicht unbedingt "Leninist" heißen muß. Ferner ist es möglich, in der SP Referate zu halten und deshalb wäre zu besprechen, welche Stellung die Organisation dazu einnimmt. Ich halte diese Frage für wichtig, da in der SP ein linker Flügel besteht, der in der Parteiführung keine Stütze hat.

Gen. Sturm: Die Fraktionsarbeit ist das wichtigste Mittel der Propaganda. Ein großer Teil unserer Genossen ist in der Stalinpartei verankert und hat daher für die Arbeit in der SP die Hände gebunden. Die Hauptarbeit ist deshalb am besten in den Betrieben zu machen, wo alle Arbeiter erfaßt werden können. Die Genossen, die in der Stalinpartei sind, haben deshalb ihre Arbeit nicht einzustellen. Wir dürfen nicht mit plötzlichen Erfolgen rechnen, denn die Arbeiter werden sich ohne Führung nur schwer nach links entwickeln. Man muß auch in ungünstigen Zeiten Fraktionsarbeit machen, d.h. wir müssen durch die "Zeiten" günstig machen. Aber die Arbeit muß geplant werden, dann wird sie bessere Erfolge haben. Auf den kommenden gewerkschaftlichen Zusammenkünften muß konkret über die Arbeit in den Betriebsratenausschüssen gesprochen werden. Ferner bin auch ich der Ansicht, daß wir das Schwergewicht unserer Fraktionsarbeit in die SP verlegen müssen.

Gen. Lissa: Der ursprüngliche Gedanke, in der Stalinpartei einen linken Flügel herauszubilden, war falsch, denn dort ist jede Opposition eine Utopie solange die Sowjettruppen hier sind. Aber in den Betrieben war und ist die Möglichkeit, auf unserer Linie zu arbeiten.

Gen. Beer: Wäre es nicht zweckmäßiger, dahingehend zu diskutieren, daß sich der "Leninist" nur an die Betriebsarbeiter wenden soll, unter der Voraussetzung, daß die Fraktionsarbeit und die Herausbildung eines linken Flügels in der SP und Stalinpartei durch Beeinflussung der Arbeiter in den Betrieben möglich ist? In beiden Parteien sind aufgeweckte fortgeschrittene Arbeiter vorhanden, die auf eine revolutionäre Propaganda warten.

Gen. Gärtner: Der "Leninist" schläft. Es soll ein neues Organ von der Konferenz beschlossen werden. Für die Bearbeitung sollen einige Genossen bestimmt werden, damit nicht ein zweiter Mißerfolg eintritt, denn so etwas kann nur die Leistung mindestens einer Gruppe und nicht von Einzelnen sein. Ferner hat sich diese Aktion gegen zwei opportunistische Parteien zu richten und es kann nicht die eine gegen die andere ausgespielt werden.

Vorsitz.: Da keine Wortmeldung mehr vorliegt kommt der Referent zum Schlußwort.

Gen. Krug: Genosse Steiner hat das Referat zitiert. Dazu ist zu sagen, daß wir versuchen müssen, die demokratischen Illusionen der Arbeiter zu zerstören, denn erst dann kann ein Genosse bei uns landen. Zur "Leninisten"-Aktion möchte ich sagen, daß es zweifellos richtig ist, daß sie ein Fehler war. Im übrigen finde ich es für lächerlich, wenn sich Genosse Lense allein dafür verantwortlich macht. Wir haben da etwas auf einem Gebiet gemacht, auf dem wir noch keine Erfahrung hatten. Wichtig ist das Verhalten bei der Aktion, daß nicht durch einen Just-am-End-Standpunkt Gefahr heraufbeschworen wird. Der Name des Organs ist eine taktische Frage, wobei ich auf jeden Fall zu bedenken

gebe, daß der "Leninist" schon einen Namen und Bekanntenkreis hat und so einen günstigen Boden für unsere zukünftige Arbeit darstellen kann. Eine wichtige Frage ~~ist die~~ ^{in Bezug auf} die Fraktionsarbeit: Unsere Entscheidung zum Verlagern des Schwergewichtes in die Betriebe und SP ohne vollständigen ~~Versicht~~ ^{Versicht} auf die Arbeit in der Stalinpartei. Es ist sicher so, daß besonders jenen unserer Genossen, die Mitglieder der Stalinpartei sind, Fußschellen angelegt sind in ihrer Propagandatätigkeit. Im allgemeinen sind uns diese Fesseln jedoch auch in der SP angelegt, dennoch müssen wir gerade beim kritischen Punkt der Debatte schweigen, weil wir als Trotzkisten nicht offen auftreten und erkannt werden dürfen. Deshalb kommt das Verhalten unserer Genossen in Betrieben und Gewerkschaften vor allem den Verratsparteien zu Gute.

Die Leitung schlägt der Konferenz die Euch bekannte Resolution mit folgenden Zusätzen vor: im Punkt 2,b soll zwischen "im Kurs" und "dargelegt werden" eingefügt werden: "ausgehend von den Tagesfragen" und unter Punkt 2,c und 2,d soll es statt "Leninist" richtig "Propagandamaterial" heißen. Damit glaube ich mein Schlußwort abschließen zu können und ersuche Euch um Annahme des Antrages.

Vorsitz.: Wir schreiten zur Abstimmung über die veränderte Referenten-Resolution.

Abstimmung: pro 17 - contra 0

Resolution siehe "Spartakist" Nr. 14/15, Seite 14

6. Punkt der Tagesordnung: Organisationsstatut

Dieser Punkt wurde beschlußgemäß hier eingeschoben (siehe Seite 3); die Punkte 5,f (Internationale) und 5,g (Politik) folgen nach diesem Punkt als erste am zweiten Tag der Konferenz behandelte Fragen.

Vorsitz.: Wir kommen nun laut Beschluß zum 6. Punkt der Tagesordnung - Organisationsstatut. Ich ersuche den Referenten Hoch um das Wort.

Referat Hoch siehe Beilage 14.

Vorsitz.: Wir schreiten nun zur Debatte über die einzelnen Punkte des Organisationsstatut; es liegen eine Menge Wortmeldungen vor. Zu Punkt 1 Gen. Steiner.

Gen. Steiner: Die Abänderung des ursprünglichen Antrages der Leitung ist notwendig, weil seither die IKÖ durch das IEC als österreichische Sektion der IV. Internationale anerkannt worden sind.

Gen. Gärtner: Ich stelle den Antrag, den Passus "sozialistischen Revolution" durch "proletarischen Revolution" zu ersetzen.

Gen. Hoch: Der Begriff "sozialistischen Revolution" ist aus dem Statut der IV. Internationale herausgenommen worden.

Gen. Lorse: Der Ausdruck "sozialistisch" schließt eine Abgrenzung gegen die SP nicht aus und kann zu keinem Irrtum führen, da diese nicht von der sozialen Revolution, sondern bloß von der sozialen Demokratie spricht. Das Wort "sozialistische Revolution" würde ihr kaum über die Zunge kommen.

Gen. Steiner: Nach unserer Meinung erübrigt sich der Antrag Beer-Alma, da all dies in den internationalen Statuten festgelegt ist, die durch unsere Anerkennung ~~als~~ ^{als} Sektion für uns bindend sind.

Gen. Beer: Wir ziehen unseren Antrag zurück.

Vorsitz.: Wir schreiten zur Abstimmung über den Referenten-Entwurf zum Punkt 1 der Statuten.

Abstimmung: pro 17 - contra 0

Vorsitz.: Der Antrag Gärtner ist damit hinfällig geworden. Zur Verhandlung steht nun Punkt 2. Das Wort hat Gen. Horvat.

Gen. Horvat: Wir können diesen Punkt unverändert annehmen. Wenn Genossen nicht in der Lage sind, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen, soll eine individuelle Behandlung der Sache erfolgen. Regelmäßige Bezahlung des Mitgliedsbeitrages war schon bisher ein ~~ungekennzeichnet~~ geschriebenes Statut.

Gen. Krug: Ich wäre bei tristen sozialen Verhältnissen für Bezahlung eines Anerkennungsbeitrages, meinetwegen von 10 Groschen, denn dies gehört zur Aufrechterhaltung der Disziplin. Das in den Statuten festzuhalten, ist nicht nötig.

Vorsitz.: Die Wortmeldungen sind erschöpft; wir schreiten zur Abstimmung über den Referenten-Entwurf zu Punkt 2 des Statuts.

Abstimmung: pro 17 - contra 0

Vorsitz.: Zur Verhandlung steht Punkt 3. Zum Worte gelangt Gen. Beer.

Gen. Beer: Wir wünschen, daß die Frage der Organisationssteuer ^{nur} grundsätzlich behandelt werden soll. Ich habe Bedenken gegen die Besteuerung von finanziell besser gestellten Genossen, da wir keine Möglichkeit haben, das Einkommen zu überprüfen und auf die Ehrlichkeit der Genossen angewiesen sind. Der Mitgliedsbeitrag soll einheitlich sein, die Genossen sollen jedoch zur Spende von Kampffond nach Maßgabe des Einkommens aufgefordert werden. Bei der Bewertung solcher Genossen wird darauf zu sehen sein, wie sie ihrer revolutionären Pflicht nachkommen, zu der auch ihre geldlichen Leistungen zählen. Ich rege daher an, diesen Passus dahingehend zu ändern, daß Genossen mit wesentlich höheren Einkommen die Organisation auch materiell zu unterstützen haben und ^{zwar} nach Maßgabe ihrer finanziellen Möglichkeiten.

Gen. Steiner: Wir können nicht auf die Freiwilligkeit bauen, sondern nur auf Verpflichtungen und dies muß im Statut verankert sein. Die Leitung muß auch die Mitgliedschaft Menschen absprechen können, die sich unsozial verhalten.

Gen. Lissa: Ich schließe mich dem Vorredner an und halte die Organisationssteuer für richtig, da diese eine Verpflichtung ausdrückt und perspektiven Charakter hat. Es werden Zeiten kommen, wo wir uns anbieterungswillige Elemente fernhalten werden müssen. Das ist jetzt schon in den Statuten festzulegen.

Gen. Krug: Die Aufnahme als Mitglied erfolgt durch die Leitung. Die Leitung muß jeden Antrag einer Zelle behandeln und die Gebieteleitung muß den Kandidaten gut kennen. Deshalb halte ich den Zusatz "auf Vorschlag der Zelle" für unnötig. Ich bin für eine Organisationssteuer, denn die Organisation benötigt Geld und das Wort "grundsätzlich" kann nicht schaden.

Gen. Riegler: Ich bin für den Antrag Horvat. Ich bin aber schon der Ansicht, daß jeder, der Mitglied unserer Organisation werden will, eine gewisse Überprüfung über sich ergehen lassen muß.

Gen. Lersse: Die Organisationssteuer kann ein Einkommen nicht so ver-

mindern, daß er auf ein Arbeitereinkommen sinkt. Der Begriff "ernannter Mitgliedsbeitrag" würde vollkommen ausreichen, ohne verpflichtende Bindung. Wir müssen eben die Qualität der Betreffenden erkennen, seine Leistung an die Organisation berücksichtigen und ihn danach einschätzen.

Gen. Beer: Man muß grundsätzlich darüber ins Reine kommen. Freiwilligkeit ist bedingt und ein Zwang führt bei uns zu gar nichts. Die Zukunft wird es uns erst beweisen, daß große Einkommen besteuert werden müssen. Das viele Reden von Leuten, die nicht einmal einen Nagel für die Organisation in die Wand schlagen nützt uns nichts. Wir bekennen uns zu dem Zusatz "grundsätzlich", nehmen aber sonst unseren Antrag zurück.

Gen. Steiner: Wenn wir den Standpunkt vertreten, daß Einkommen von z.B. S 5000,- besteuert werden müssen, dann ist das letzten Endes ein Zwang und wenn ein Genosse aber keinen wesentlich höheren Beitrag leistet, dann kann er klarer Weise als Mitglied nicht anerkannt werden. Selbstverständlich sind wir nicht der Ansicht, daß jeder neue Genosse sein Vermögen abliefern muß, aber er soll es für die revolutionäre Arbeit und nicht für den Luxus verwenden. Andererseits sollen führende Genossen besser leben. Sie haben ja auch vermehrten Kraftverbrauch und vermehrte Ausgaben durch Ankauf von Büchern, Broschüren, Zeitungen, für Fahrpesen usw. Aber sie dürfen nicht luxuriös leben, sie dürfen nicht für ein Mittagessen 3500 Franken zahlen können usw., denn das hat nichts mehr mit Revolutionären zu tun. Hier ist auf eine Steuer zu bestehen und dies muß in den Statuten verankert werden.

Gen. Gärtner: Ich beantrage, den letzten Satz wie folgt zu ändern: "Wesentlich höhere als Arbeitereinkommen unterliegen grundsätzlich einem von der Organisation bestimmten progressiv gesteigerten Beitrag".

Gen. Krug: Um Mißverständnissen vorzubeugen erkläre ich, daß es sich im Falle der 3500 Franken nicht um ein Leben auf Kosten der Internationale handelt, sondern um das Einkommen eines Genossen aus seinem bürgerlichen Berufe. Der Überschuß aus einem solchen Einkommen wäre nach unserer Auffassung abzugeben.

Gen. Horvat: Dagegen wird niemand polemisieren. Aber ich glaube kaum, daß jemand dagegen sein wird, wenn die Mitgliedsbeiträge gestaffelt sind. Bei der kommenden Arbeitslosigkeit wird es manchem von uns schwer fallen selbst die S 2,- zu zahlen. Ich trete daher für eine progressive Staffelung der Mitgliedsbeiträge ein. Das Mitglied einer revolutionären Organisation ist verpflichtet, seine Lebensführung mit seiner politischen Überzeugung in Übereinstimmung zu bringen. Wenn ein Genosse in dieser Hinsicht über die Stränge schlägt, dann ist das ein Zeichen, daß ihm gesundes proletarisches Empfinden fehlt, was offen kritisiert werden muß. Der Genosse wird dann entsprechend bewertet werden und wenn er sich als unbelehrbar erweist, dann muß er ausgeschlossen werden, denn ein verschwenderisches Leben muß zur Zersetzung führen.

Gen. Friedrich: Für was streiten wir da herum. Manchem von uns fallen die S 2,- schwerer als einem anderen S 200,-. Wenn das jemand nicht versteht, muß man strenge Maßstäbe anlegen.

Gen. Lissa: Der Referentenantrag mit den zwei Zusätzen besagt alles. Alle, die sich gegen diesen Grundsatz verstoßen, sind von vornherein gerichtet. Ferner können auch Zeiten kommen, wo wir bei kleinen Einnahmen große Ausgaben haben werden - und für diese Zeiten müssen wir auch in den Statuten vorsorgen.

Gen. Beer: Der Ausschluß scheint uns gegeben, wenn sich ein Genosse nicht dem Organisationsstatut beugt. Durch einen Verstoß gegen dieses Gesetz deklariert er sein mangelndes Klassenbewußtsein, beweist er seine Unreife oder Untauglichkeit.

Gen. Riegler: Ich beantrage Schluß der Rednerliste.

Vorsitz.: Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, dürfte sich eine Abstimmung über diesen Antrag erübrigen. Zur Abstimmung gelangt nun der Punkt 3 der Statuten in folgender Fassung:

"Die Zuerkennung der Mitgliedschaft erfolgt durch Leitungsbeschluß. Der Mitgliedsbeitrag wird von der Konferenz festgesetzt. Wesentlich höhere als Arbeitereinkommen unterliegen grundsätzlich einer von der Organisation bestimmten progressiv gesteigerten Organisationssteuer".

Abstimmung: pro 17 - contra 0

Vorsitz.: Damit fallen alle Zusatzanträge weg, soweit sie in dem angenommenen Text nicht eingearbeitet oder zurückgenommen sind. Als nächster Punkt gelangt der Punkt 4 zur Verhandlung. Da keine Wortmeldung vorliegt, gelangt er in der Referenten-Fassung zur Abstimmung.

Abstimmung: pro 17 - contra 0

Vorsitz.: Zur Verhandlung steht jetzt der 5. Punkt der Statuten. Es liegt der Antrag des Referenten und ein Zusatzantrag vor.

Gen. Steiner: Nach Punkt 7 kann ein Drittel der Mitgliedschaft eine Konferenz forcieren. Die Absetzbarkeit ist ein Recht, das nur die Mitglieder ausüben können.

Gen. Krug: Ich schließe mich der Ansicht an. Dieser Zusatz hat mit demokratischem Zentralismus überhaupt nicht zu tun. Es ist selbstverständlich, daß Delegierte eine Leitung absetzen können, die sie selbst gewählt haben.

Gen. Lerse: Dieser Zusatz hat den einen Sinn, daß die Leitung sofort handeln kann, wenn irgendetwas passiert.

Gen. Hanke: Ich glaube, daß der vorgeschlagene Punkt doch etwas mit demokratischem Zentralismus zu tun hat. In der marxistischen Literatur sind die Begriffe Wählbarkeit und Absetzbarkeit immer gekoppelt. Die Bestimmung, daß nicht nur die Konferenz, sondern auch die Leitung absetzen kann, ist für jene Fälle gedacht, wie Gen. Lerse richtig sagte, wo die Leitung plötzlich handeln muß und wo die Konferenz erst nachträglich urteilen kann.

Gen. Bruno: Die Absetzbarkeit würde ich in den Statuten irgendwie verankern, weil sie eine sehr wichtige Frage ist.

Gen. Friedrich: Ich glaube, daß nicht zu vereinbaren ist, wenn Funktionäre durch die Leitung abgesetzt werden; dies dann nur die Mitgliedschaft tun.

Gen. Horvat: Wir sollen die jederzeitige Absetzbarkeit aller Funktionäre nach den im Organisationsstatut festgelegten Bedingungen anerkennen, aber nicht der Leitung das direkte Recht geben, Funktionäre abzusetzen, die Führung unserer Organisation nach eigenem Ermessen umzumodeln, denn der demokratische Zentralismus soll ja ein Schutz der Mitglieder vor der Leitung sein. In diesem Sinne ziehe ich meine Unterschrift vom Zusatzantrag zurück.

Gen. Steiner: Jederzeitige Wahl- und Absetzbarkeit der Funktionäre

ist ein revolutionäres Prinzip und wir erkennen es voll und ganz an, das ist klar. Unter schweren illegalen Bedingungen muß dieses Prinzip jedoch eine Einschränkung erfahren. Die Leitung muß hier die direkte Möglichkeit haben, zu kooptieren oder zu entheben, d.h. daß in solchen Zeiten der Leitung auch das Recht der Absetzung zugesprochen werden muß.

Gen. Hoch: Ich möchte die Genossen auffordern, ihren Zusatzantrag zurückzuziehen und den Punkt in der ursprünglichen Form zur Abstimmung kommen zu lassen.

Gen. Bruno: Im Namen meiner Genossen erkläre ich den Zusatzantrag als zurückgenommen.

Vorsitz.: Da der Zusatzantrag zurückgezogen wurde, gelangt der Referentenentwurf zum Punkt 5 zur Abstimmung.

Abstimmung: pro 17 - contra 0

Vorsitz.: Punkt 6 in der Fassung des Referenten und der Zusatzantrag Beer-Alsa steht zur Debatte. Als erster Redner Gen. Horvat.

Gen. Horvat: Wir stehen auf dem Standpunkt, daß das demokratische Prinzip unter schwersten Bedingungen nicht aufrecht erhalten werden kann. In solchen Zeiten und unter solchen Bedingungen müssen wir vor allem das Prinzip des Zentralismus aufrecht erhalten, die demokratischen Rechte der Mitglieder unter Umständen zeitweilig aufgeben und damit rechnen, daß diese Phase des Kampfes lang dauern kann. Nachdem die konkreten Kampfbedingungen selbst uns hier die Methoden vorschreiben, können wir von vornherein keine Vorschriften machen. Das entbindet die Leitung nicht von der Pflicht, beim Eintritt von gelockerten Bedingungen vor die Mitgliedschaft zu treten und ihr Rede zu stehen.

Gen. Beer: Die Leitung soll keine diktatorischen Vollmachten haben. Wird eine neue Leitung nicht verpflichtet, sich innerhalb kürzester Frist zu rechtfertigen, dann ist nicht nur die Gefahr einer Veränderung der Qualität, sondern auch jene der Diktatur der Leitung gegeben. Und es gilt, diese Gefahr von vornherein abzuwehren.

Gen. Steiner: Gen. Beer stellt die Dinge falsch dar. Wenn der Leitung "diktatorische" Vollmachten gegeben werden, so ist das diktiert durch die Handlungen der Gegner. Das besagt doch nicht, daß die Leitung die Prinzipien des demokratischen Zentralismus durchbricht. Würde die Leitung in verbesserten Kampfbedingungen, bei gelockertem Druck unserer Feinde nicht an Verwirklichung der inneren Demokratie denken, so bliebe der Mitgliedschaft auch nichts anderes übrig als die Lehre Lenins anzuwenden und eine Gegenleitung einzusetzen, um diese Diktatur zu brechen. Da würden auch die besten Gesetze nicht helfen. Aber wir wissen, daß unsere Leitung schon vor einem Jahr eine Konferenz abgehalten hat und wir sind auch jetzt wieder zu demselben Zwecke beisammen. In beiden Fällen wurde und wird über die vergangene Periode Bericht gegeben und von den Delegierten der weitere Weg bestimmt.

Gen. Kent: Ich bin für unveränderte Annahme des Referentenvorschlages und halte es für sehr notwendig, daß unter den Bedingungen der Illegalität die Bildung der Leitung auch ~~unter~~ durch Kooptierung vorgenommen werden kann, da nie ihre Arbeit unterbrochen werden darf.

Gen. Beer: Bis jetzt hat mich niemand überzeugt, daß meine Meinung unrichtig wäre und ich kann mich nicht der Urform anschließen. Sollte in Zukunft der Fall eintreten, daß die Verbindungen abreißen, so kann sich die Leitung selbst ergänzen aus fähigen Genossen. Aber es ist eine Prüfung der Leitung, wenn sie die Mitglieder ständig beobachtet.

Sobald sich die Bedingungen geändert haben, muß sie für ihre Handlung Rechnung abgeben. Tritt eine willkürliche Aufhebung der Rechte der Mitglieder ein, dann ist eine neue Leitung oder Organisation notwendig geworden.

Gen. Horvat: Unter Hinweis auf Punkt 9 und 10 der Statuten sind Ausnahmen zu Punkt 4 zulässig. Die Leitung trägt die Verantwortung auch in der Illegalität. Ihre Wahl erfolgt durch die Delegierten. Die Mitglieder haben die Möglichkeit, die Leitung für alles zur Verantwortung zu ziehen.

Gen. Lersce: Punkt 7 der Statuten ist in die Ausnahme nicht einbezogen, d.h. daß die Organisationskonferenz als höchste Instanz jährlich zusammentritt. Auf ihr muß sich die Leitung rechtfertigen. Der Schlüssel für die Delegation kann so festgesetzt werden, daß sich die Konferenz auch nur aus sehr wenigen Delegierten zusammensetzt.

Gen. Steiner: Beim Punkt 6 liegt dennoch ein Fehler vor, denn die Ausnahmen können nur für die Unterteilungen a, c, d und e gedacht sein und nicht auch für die Unterpunkte b, f und g.

Gen. Gruber: Die Formulierung des Gen. Steiner ist die bessere und genauere. In einem Organisationsstatut gehören keine verschwommenen Ausdrücke.

Gen. Hoch: Der Punkt 6 wurde abgestimmt auf außerordentliche illegale Verhältnisse und in solchen Verhältnissen würde durch die Annahme der Zusatzanträge die Beweglichkeit der Organisation stark gehemmt. Wir müssen unserer Führung diese Beweglichkeit sichern, um die Organisation vor Schaden zu bewahren. Die Beschränkung der demokratischen Rechte ist keine freiwillige, sondern durch die Vorstöße und Angriffe der Bourgeoisie diktiert. Gen. Beer geht an der Sache vorbei. Ich ersuche also um Rückziehung aller Anträge und Annahme dieses Punktes mit folgendem veränderten Wortlaut: "Für die Dauer der illegalen Kampfperiode sind Ausnahmen zu Punkt 5, a, 5, c, 5, d und 5, e zulässig."

Vorsitz.: Der Antrag des Referenten kommt zur Erstabstimmung.

Abstimmung: pro 17 - contra 0

Vorsitz.: Der Zusatzantrag der Gen. Beer-Alma ist damit hinfällig. Wir können nun zum Punkt 7 der Statuten. Zur Verhandlung steht die Urfassung und der Zusatzantrag der Leitung und ein Zusatzantrag Beer-Alma. Wir beginnen mit der Debatte. Das Wort hat Gen. Beer.

Gen. Beer: Ich ziehe unseren Zusatzantrag zurück.

Gen. Steiner: richtig ist, daß jedes Mitglied zur Konferenz Anträge stellen kann und von seinem Delegierten vertreten lassen kann. Diesen Teil des Antrages Beer-Alma unterstütze ich trotzdem er zurückgezogen wurde, bzw. ich stelle den entsprechenden Antrag neu.

Gen. Horvat: Ich schließe mich der Ansicht meines Vorredners an. Eine entsprechende Bestimmung in den Statuten kann nicht schaden. Die Konferenz kann auch jeden Antragsteller vorladen, wenn er niemand findet, der auf der Konferenz seinen Antrag vertritt. Es bleibt nur die Frage offen, wer den Schlüssel für die Delegation festsetzt.

Gen. Riegler: Das ergänzt sich aus Punkt 5: gleiche Rechte und gleiche Pflichten der Mitglieder.

Gen. Hoch: Wenn die Konferenz als oberstes Organ ein Mitglied bezieht zur Beratung, so ist das ihr gutes Recht. Umgekehrt hat das Mitglied die Pflicht, diesem Ruf zu folgen.

Gen. Steiner: Stellt ein Mitglied einen Antrag, dann muß man es vorladen. Natürlich kann die Konferenz den Antrag abweisen, da sie ja oberstes Organ ist.

Gen. Lerse: Es ist ein Recht aber nicht die Pflicht der Konferenz, einen Mitgliedsantrag so zu prüfen. Übrigens haben wir noch keinerlei praktische Erfahrung in dieser Hinsicht. Unter illegalen Bedingungen wird man sich nur schwer entschließen, jedem Einzelnen Einblick in die Organisationsverhältnisse zu gewähren.

Gen. Horvat: Es handelt sich hier nicht um Rechte und Pflichten von Leitung und Konferenz, sondern um jene der Mitglieder. Wo sollen sie denn gehört werden, wenn nicht auf der Konferenz?

Vorsitz.: Ob ich es noch erleben werde, daß Kommunisten nur von zu erfüllenden Notwendigkeiten reden und nicht von Rechten und Pflichten? Ich werde zuerst den Referentenantrag mit dem Zusatz "nach einem jeweils durch die Leitung festzusetzenden" zur Abstimmung bringen.

Abstimmung: pro 17 - contra 0

Vorsitz.: Es liegt jetzt noch der vom Gen. Steiner beantragte Satz aus dem Antrag Beer-Alma vor, der nun zur Abstimmung gelangt. Er lautet: "Jedes Mitglied kann zur Konferenz Anträge stellen".

Abstimmung: pro 10 - contra 7 (Beer und Genossen).

Vorsitz.: In Behandlung steht Punkt 8 in der Referentenfassung und der Zusatzantrag Beer-Alma.

Gen. Beer: Ich ziehe den Zusatzantrag zurück.

Vorsitz.: Da keine Wortmeldung mehr vorliegt und der Zusatzantrag zurückgezogen wurde, schreiten wir zur Abstimmung.

Abstimmung: pro 17 - contra 0

Vorsitz.: Punkt 9 steht nun zur Beratung. Auch hier liegt keine Wortmeldung vor, also Abstimmung.

Abstimmung: pro 17 - contra 0

Vorsitz.: Wir kommen zum 10. Punkt. Es liegt die Urfassung und ein Ergänzungsantrag der L vor. Auch hier keine Wortmeldung, also abstimmen.

Abstimmung: pro 17 - contra 0

Vorsitz.: Punkt 11 kommt zur Verhandlung mit dem Zusatzantrag der Gen. Beer-Alma.

Gen. Krug: Das Politische Büro ist letzten Endes der entscheidende Teil der Gesamtleitung. Es ist der Gesamtleitung verantwortlich. Das ist auch bisher ein unge schriebenes Gesetz gewesen. Die Formulierung "Kompetenzfragen" ist keine glückliche Formel.

Gen. Beer: Nun hat es ja immer wieder Differenzen gegeben zwischen der politischen und organisatorischen Leitung, deshalb unsere Stellungnahme im Zusatzantrag.

Gen. Horvat: Organisations-Büro und Politisches Büro sind Organe der Leitung und dieser verantwortlich. Der Wirkungskreis beider Organe ist abgesteckt und keines kann dem anderen einen Beschluß aufzwingen.

Aber die Gesamtleitung kann einen Beschluß fassen, der für das eine und das andere Büro zwingende Giltigkeit hat.

Gen. Krug: Der kritische Moment liegt nur dort, wo zwischen zwei Leitungssitzungen entschieden werden muß. Das übrige hat mein Vordner gesagt.

Gen. Hoch: Der Antrag Beer bringt keinerlei Klärung und ich ersuche, den Antrag der Leitung anzunehmen.

Vorsitz.: Der Referentenantrag gelangt zur Abstimmung.

Abstimmung: pro 17 - contra 0

Vorsitz.: Zur Verhandlung steht Punkt 12. Es liegt ein neuer Antrag der Leitung vor. Wortmeldungen dazu sind nicht erfolgt. Wir schreiten also zur Abstimmung.

Abstimmung: pro 17 - contra 0

Vorsitz.: Auf der Tagesordnung folgt nun Punkt 13. Dazu hat das Wort Gen. Bruno.

Gen. Bruno: Ich stelle den Antrag, als Höchstzahl der Zellennmitglieder fünf zu nehmen.

Gen. Horvat: Dies ist unmöglich, da in legalen Zeiten die Anzahl ihrer Mitglieder wahrscheinlich größer sein wird als jetzt.

Gen. Hoch: Ich spreche mich für die Formulierung der Leitung aus.

Vorsitz.: Der Referentenantrag gelangt zur Abstimmung.

Abstimmung: pro 17 - contra 0

Vorsitz.: Wir kommen zu Punkt 14. Hier liegen zwei Zusatzanträge vor. Wir beginnen mit der Debatte.

Gen. Horvat: Ich bin gegen den Antrag Beer-Alma, da er mir überflüssig erscheint.

Gen. Krug: Es ist zur Zeit nicht möglich, die Leitung der Gebiete wählen zu lassen. Vorläufig bestimmt noch die Gesamtleitung die Funktionen der Gebietsleitungen. Es ist auch möglich, daß ein Gebiet von Genossen aus einem anderen Gebiet geleitet werden kann. Wir sind eine zentral geführte Organisation und müssen jeden Lokalpatriotismus vermeiden und die besten Elemente auf die wichtigsten Posten stellen. Das ist aber vorläufig durch eine Wahl der Gebietsleitungen nicht zu erreichen.

Gen. Lorse: Wenn es einmal der Mitgliederstand erlauben wird, dann können die Gebietsleitungen auf eigenen Konferenzen gewählt werden. Die Wählbarkeit bedeutet also einen kommissarischen Zustand. Heute wählen wir zugleich mit der Leitung auch die Spitzen der Gebietsleitungen. Morgen wird dies infolge einer größeren Anzahl von Gebieten nicht mehr möglich sein. Dann werden die Gebietsleitungen auf eigenen Konferenzen gewählt werden müssen. In der jetzigen Phase ist es also am zweckmäßigsten, die Gebietsleitungen von oben zu bestimmen.

Gen. Henke: Wenn wir jetzt die Gesamtleitung wählen, dann sehe ich nicht ein, warum man nicht auch die Gebietsleitungen genau so wählen kann. Dies sollte deshalb ebenfalls durchgeführt werden.

Gen. Krug: Diese Zusatzanträge erübrigen sich vollständig durch den Punkt 5 der Statuten.

Gen. Kent: Wir ziehen im Sinne der Ansicht des Gen. Lersse unseren Antrag zurück.

Gen. Beer: Ich bin durch die Ausführungen der Genossen soweit überzeugt worden, daß ich meinen Antrag zurückziehe. Er erscheint mir nun selbst bedeutungslos.

Gen. Hoch: Ich beantrage also die Annahme des Punktes in der Urfassung.

Vorsitz.: Wir schreiten zur Abstimmung über den Referentenantrag.

Abstimmung: pro 16 - contra 0 - 1 Enthaltung (Hanke)

Vorsitz.: Punkt 15 des Organisationsstatuts kommt zur Abstimmung, da keine Wortmeldung vorliegt.

Abstimmung: pro 17 - contra 0

Vorsitz.: Zur Verhandlung steht Punkt 16 des Organisationsstatuts. Ich eröffne die Debatte, da auch hier ein Zusatzantrag der Genossen Beer-Alma vorliegt.

Gen. Steiner: Der Zusatzantrag ist sinnstörend, denn Fraktionsarbeit ist Verpflichtung ~~für~~ und gilt für alle gegnerischen Organisationen.

Gen. Beer: Ich sehe ein, daß der Antrag überflüssig ist.

Gen. Horvat: Daß jedes Mitglied verpflichtet ist, Fraktionsarbeit zu leisten, geht zu weit. Dieser Punkt ist zu streichen, da er schon in Punkt 2 gegeben ist, wo es heißt, daß jedes Mitglied aktiv für das Programm einzutreten hat. Fraktionsarbeit ist heute eine der wichtigsten Arbeiten, ob sie es morgen oder übermorgen sein wird hängt von den konkreten Umständen ab. Die Leitung bestimmt wie die Kräfte des Einzelnen zweckmäßig verwendet wird.

Gen. Gruber: Ich kann mich den Ausführungen des Gen. Horvat nicht anschließen und bin dafür, daß der Punkt 16 aufrecht bleibt.

Gen. Lersse: Fraktionsarbeit ist eine notwendige Arbeit. Die Leitung beschließt wann, wo, unter welchen Bedingungen und mit welchen Methoden unsere Genossen eingesetzt werden. Man wird Intellektuelle anders verwenden als manuelle Arbeiter. Ich bezweifle nicht die Verpflichtung zur Fraktionsarbeit, muß mich aber den Ausführungen des Gen. Horvat anschließen.

Gen. Krug: Warum brauchen wir ein Statut beschließen, wenn Rechte und Pflichten nicht klar umschrieben werden? Wenn man so weit geht, dann können wir mit einem Statut von drei Paragraphen auskommen. Fraktionsarbeit ist eine Verpflichtung, der sich niemand entziehen darf.

Gen. Lissa: Die Annahme des Gen. Horvat ist falsch. Das Eintreten für unser Programm hat noch keinen Bezug auf die konkrete Fraktionstätigkeit, dieses Eintreten kann auch andere Arten haben.

Gen. Bruno: Man könnte den Punkt 16 belassen und dazu fügen "je nach Weisung der Leitung".

Gen. Steiner: Ich betone ebenfalls, daß die Leistung der Fraktionsarbeit unter die für unser Organisation so notwendige Arbeitspflicht fällt, wie sie in Punkt 2 beschrieben ist. Wenn wir einmal die Macht haben werden, wird die Fraktionsarbeit weit in den Hintergrund treten.

Gen. Hoch: Wir haben es hier mit dem Entwurf ~~zum~~ Statut zu tun, der den Statuten der früheren KPÖ und der Komintern entnommen ist. Ich erlaube alle Einwände und Anträge abzulehnen und die Formel "Jedes Mitglied hat ~~die~~ Fraktionsarbeit zu leisten" anzunehmen.

Vorsitz.: Der Referentenantrag kommt zur Abstimmung.

Abstimmung: pro 11 - contra 5 (Gebiet 16) - 1 Enthaltung (unklar).

Vorsitz.: Die Abstimmung muß jederzeit durch klares Händeheben erfolgen. Ich erbitte einen Stimmenprüfer zu bestimmen.

Gen. Sturm wurde durch Zuruf und ohne Einwand zum Stimmenprüfer bestimmt.

Vorsitz.: Zur Verhandlung gelangt Punkt 17 mit einem separaten Zusatzantrag, dazu einige Wortmeldungen.

Gen. Horvat: In der Illegalität sind ja einer solidarischen Hilfe enge Schranken gesetzt. Ich halte es deshalb nicht für notwendig, ~~dennoch~~ diesen Sonderzusatz zu machen.

Gen. Beer: Ich bin der Meinung, daß die Verpflichtung zur Hilfe gegenüber jedem Revolutionär besteht.

Gen. Brenner: Derselben Meinung bin ich auch, daß jeder unsere Hilfe verdient, der gegen die Bourgeoisie kämpft, auch wenn er nicht in unseren Reihen steht.

Gen. Hanke: Der Zusatzantrag hat seine Berechtigung, da verhindert werden muß, daß sich jemand durch viel Geld oder Kalorien Elemente kauft.

Gen. Hoch: Wir ersuchen um Annahme des Punktes in seiner Urfassung und durch einen Zusatzantrag nicht schon jetzt die Modalität regeln zu wollen.

Abstimmung: pro 15 - contra 2 (Beer, Hanke)

Vorsitz.: Punkt 18 steht nun zur Erörterung; dazu einige Wortmeldungen

Gen. Beer: Es muß hier hingewiesen werden, daß die Zelle die Verteidigung eines Genossen übernehmen kann. Auch fehlt die Bestimmung, daß die Leitung verpflichtet ist, die Zelle von dem Verfahren zu unterrichten.

Gen. Krug: Ohne Untersuchung keine Verurteilung. In Zeiten der Illegalität ist eine Stellungnahme der Zelle hinfällig. Ich bin deshalb dafür, daß wir hier den Ausdruck "Parteigericht" ~~wärzichen~~ sollten.

Gen. Beer: Die persönlichen Differenzen unter Mitgliedern können auch bei einer gemeinsamen politischen Basis zu Reibungen führen. Hier müßte eine Lösung im Einvernehmen mit den Zellen gesucht werden. Die Leitung kann ja auch falsche Wege gehen und gegen ihr lästige Oppositionelle vorgehen. In diesem Falle bedürfen solche Genossen eines Schutzes durch die Mitglieder aller Zellen, die ihren Anwalt spielen könnten.

Gen. Hoch: Jeden Verstoß vor alle Mitglieder zu bringen ist nur ein Hemmnis für die Organisation. Dagegen bin ich für nachträgliche Berichterstattung. Den Namen "Parteigericht" lehne ich ab, da wir noch

keine Partei sind, also aus rein formalen Gründen. Im Übrigen er-
suche ich um Annahme des Punktes in der Fassung der Leitung.

Vorsitz.: Der Referentenentwurf gelangt zur Abstimmung.

Abstimmung: pro 13 - contra 2 - enthalten 2 (Namen unbestimmt).

Vorsitz.: Zur Verhandlung gelangt Punkt 19, zu dem keine Wortmeldun-
gen vorliegen. Wir schreiten zur Abstimmung.

Abstimmung: pro 17 - contra 0

Beilagen: Abänderungsantrag der Leitung zu Punkt Statuten - Nr. 15
Abänderungsantrag Beer-Alma zum selben Punkt - Nr. 16
Zusatzantrag zu Punkt Statuten vom Gebiet 16 - Nr. 17
Antrag der Leitung zu Punkt Statuten (Urfassung) Nr. 18

Endgültige Fassung der Statuten siehe "Spartakist" Nr. 14/15, S. 21/22

Vorsitz.: Der Genosse Referent hat auf sein Schlußwort verzichtet.
Es ist mittlerweile 21.30 Uhr geworden und das Arbeitspensum ist für
heute erfüllt, der erste Tag der Konferenz beendet. Wir beginnen
morgen um 07.45 Uhr Früh die Tagung. Die Konferenz ist unterbrochen.

==X==